

Dresdner Rundschau

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Osthessen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Beutelungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeber: 17259 / Postfachkontor: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Herausgabe: Am Sonntag Nr. 17259 / Dienstagschrift: Arbeiterschule Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochnitags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelpreis: Die neuromal gespaltene Monopartiezeitung oder deren Raum 0,50 RM. für Sammlerangebot 0,20 RM. für die Zeitungsecke am Spaltende an den dreipflogigen Teil einer Legesete 1,50 RM. Werdegegenübernahme wochnitags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen Geschäften befindet sich ein Anschlag auf Lieferung oder auf Aufzähllung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 29. März 1928

Nummer 76

Gonnabend Buchdruckerstreit in Dresden

Kampf trotz verbindlichem Schiedsspruch

Dresden, 29. März 1928.

Das Buchdruckerfleiss geht uns folgende Mitteilung zu:

In einer ohne Kenntnis des Vorstandes einberufenen und überaus kurz belauften Spartentreffen am Mittwochabend wurde die gegenwärtige Lage nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches eingehend behandelt. Alle Redner drängten zum Ausbruch, daß die Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister eine Verhöhnung der berechtigten Forderungen der Buchdruckerarbeiterchaft darstellt. Sie beschlossen nach Stundenlangen eingehender und lauflicher Aussprache, an der gestellten Forderung von 10 Mark festzuhalten, die Kündigungen aufrecht zu erhalten und unbedingt der vom Zentralverband erprobten Auflösung der Kampfmahnahmen in den Ausland zu treten und alle sich daraus ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Wie wir noch erfahren, wurde in dieser Spartentreffen eine Entschließung einstimmig angenommen, die den oben wiedergegebenen Kampfbeschluß dieser Sparten zum Ausdruck bringt. Die Entschließung wird vor heute abend tagenden allgemeinen Buchdruckerconvention zur Annahme empfohlen werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die übrigen Sparten diesem Beschuß beitreten. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist also damit zu rechnen, daß am Sonnabend früh jämliche bürgerliche Druckereiunternehmen stillgelegt werden. Bei Durchführung des Streitbeschlusses sind sämtliche Dresdner bürgerlichen Zeitungen am Er scheinen verhindert. Da die Forderungen der Buchdrucker von dem Druckereiunternehmen Penning restlos bewilligt worden sind, ist das Er scheinen der Arbeiterstimme gefährdet. Wie man uns mitteilt, haben in der Dresdner Volkszeitung und im Volksstaat Verhandlungen auf der Zahl von 8 Mark stattgefunden. Damit würde, falls ich die Mitteilung bewahrheiten sollte, für die Unternehmung die Grundlage zu einem Kompromiß gegeben werden.

Der Beschuß der wichtigsten Sparten der Dresdner Buchdrucker sowie auch die Kampfbeschlüsse der Buchdrucker in anderen Orten lassen erkennen, daß die Buchdrucker nicht gewillt sind, sich durch die Verbindlichkeitsklärung einen Zwangslohn aufzutrommern und das Streitrecht rauben zu lassen. Nicht als jede andere Arbeiterschaft haben die Buchdrucker die Kraft, den Schlittschuhbetrieb zu durchbrechen und der Gewerkschaft zu demonstrieren, daß nur der aktive Widerstand gegen Schlittschuhbetrieb und Zwangsvortrag, der Einsatz aller Kräfte der Arbeiter den Sieg garantieren und den Unternehmerwillen zu brechen vermögen. Das ist die wichtigste Seite des Kampfes.

Dass der Kampf der Buchdrucker einen vollen Erfolg garantiert, steht sicher. Die günstigen Konjunkturverhältnisse bieten dafür die Garantie. Der bevorstehende Wahlkampf zwingt die großen bürgerlichen Druckereiunternehmungen zur Kapitulation. In vielen Orten genügte bereits der Streitbeschuß, um die Forderungen bewilligt zu erhalten. So wird beispielsweise aus München gemeldet:

Als Folge des Streitbeschlusses der Münchner Buchdrucker ist bereits zu verzeichnen, daß nunmehr einige bürgerliche Betriebe die Forderung von 10 Mark bewilligen. Nach der Stimmung in den Betrieben ist zu rechnen, daß es bestimmt am Freitag zur allgemeinen Arbeitsniederlegung kommen wird.

Wie die nachfolgenden Wiedungen beweisen, stehen die Dresdner Buchdrucker nicht isoliert. Ihr Kampf wird den Aufstieg zu großen Solidaritätstümphen der Buchdrucker auch in anderen Orten feiern, und die Gesamtarbeiterchaft steht dem bedeutungsvollen Streit der Buchdrucker mit großer Sympathie gegenüber.

Morgen Streit in München

München, 29. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern stattgefundenen Versammlungen der Buchdrucker beschloß mit 1199 gegen 385 bei 24 ungültigen Stimmen am Freitagabend in den Streit zu treten.

Die Buchdrucker Weser-Ems beschließen den Streit

Die am 25. März stattgefundenen Konferenzen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Bezirk Weser-Ems, nahm Stellung zu dem verbindlich erklärten Schiedsspruch. Nach einer längeren Aussprache, an der sich alle Redner für den Kampf einsetzten, wurde folgende Resolution angenommen:

"Die am 25. März in Bremenhaven verhaupteten Buchdrucker des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschließen, die am 23. März ausgesprochene Kündigung nicht zurückzunehmen und den Kampf durch die Organisation aufzunehmen."

Nach einstimmiger Annahme dieser Entschließung versuchte die Leitung, einen Antrag bestellen zu lassen, über die Annahme des Kampfes in den einzelnen Orten zu entscheiden. Dieser Antrag wurde jedoch auf das bestätigt abgelehnt. Infolgedessen wogte es die Versammlungsleitung nicht, denselben zur Abstimmung zu bringen. Die Konferenz ließ die Wahlen der Buchdrucker zur Annahme des Kampfes wider.

Streitbeschuß in Königsberg

Königsberg, 29. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine glänzend besuchte Buchdruckerversammlung beschloß gestern abend einstimmig den Streitbeginn am Freitagabend.

Metallarbeiter, erzwingt den Kampf!

Gestern abend trat die außerordentliche Generalversammlung der Ortsverwaltung Dresden des DAW, um zu dem Sonnabend gefassten Schiedsspruch des Mantelarbeiter-Stellung zu nehmen.

Einstimmig lehnte die außerordentlich gut besuchte

Generalversammlung den Schiedsspruch ab.

Was nun? Wird jeder lädtliche Metallarbeiter fragen. Doch hierauf Antwort zu geben, blieb einzig und allein der Opposition überlassen.

Die Dresdner Ortsverwaltung des DAW lehnte in der gestrigen Generalversammlung die Tafel des Schweigens, die Tafel der Geheimdiplomatie fort. Röder, der erste Revolutionsfacharbeiter, erklärte: Am nächsten Freitag und Sonnabend finden Verhandlungen über den Lohn mit den Metallindustriellen statt. Wir können zur gefälschten Frage erst Stellung nehmen, wenn die Lohnverhandlungen erledigt sind. Wir werden dann sofort die Kollegen wieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen. Die Kollegen werden fragen: Was dann? Jeder Gewerkschaftsfolger muß uns nachführen, daß wir nicht auf dem breiten Markt der öffentlichen unter Tafel preisgelegten können. Wir haben uns im engsten Kreis einen Plan zurecht gelegt und werden im Einverständnis mit dem Hauptvorstand handeln. Das ist erforderlich, daß der Vertrag das volle Vertrauen der gesamten Funktionäre, der gesamten Mitgliedschaft entgegenbringt. Wenn der Kampf abgeschlossen ist, dann werden wir reinen Wein ein schenken über unsere Tafel, die wir eingeschlagen haben. Was wir machen wollen, wie wir es machen werden, lädt sich aus sozialen Gründen nicht sagen."

Sieben Kollegen sprachen für die Annahme des Kampfes. Die Opposition legte folgende Entschließung vor:

"Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Dresden, nimmt am 28. März 1928 zum Abschluss des Lohn- und Mantelarbeiter-Stellung und stellt fest:

Die leichten Wirtschaftslämpe, besonders der mitteldeutsche Metallarbeiterkreis und der Kreis der Berliner Werkzeugmacher haben ernst gezeigt, daß die Unternehmer niemals freiwillig und niemals ohne Kampf die Forderungen der Arbeiterchaft bewilligen.

Zum Gegenstück zur Unternehmerpolitik verlangt das Lebensinteresse der sozialen Metallarbeiter ein unabdingliches Festhalten an den ausgekämpften und eingereichten Forderungen.

Das vorliegende Ergebnis der Schlittschuhverhandlungen zum Mantelarbeiter ist für die sozialen Metallarbeiter vollkommen unannehmbar. In den wichtigsten Fragen der Arbeitszeit, der Prozenttabellen, Ferien und Allord ist es gut wie nichts erreicht. Das vorliegende Ergebnis ist der Beweis, daß nur gelingt auf die eigene Kraft, nur durch Kampf die Metallarbeiter zu ihrem Ziele gelangen können.

Schluss mit den elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen! Keine Stunde länger gearbeitet als bis zum 31. März, ehe nicht die berechtigten Forderungen der Arbeiter restlos bewilligt sind!

Aus all diesen Gründen beschließt die Generalversammlung:

1. Der Schiedsspruch wird abgelehnt
2. Zur Durchsetzung der Forderungen beginnt am Montag den 2. April der Streit in allen sozialen Metallbetrieben
3. Die Ortsverwaltung wird beansprucht, unverzüglich alle Vorbereitungen für den Kampf zu treffen
4. Die Funktionäre werden verpflichtet, durch größtmögliche Aussklärung über den Schiedsspruch die Mobilisierung der Belegschaften ungewöhnlich zu verstärken
5. Morgen und übermorgen sind in den Betriebservereinigungen Streitstellungen der Betriebe zur Vorbereitung und Durchführung des Kampfes zu wählen

6. Die zentrale Streitleitung muß vom Vertrauen der breiten Mitgliedschaft getragen sein und daher die Wahl derselben nach Annahme der Ortsverwaltung unverzüglich in den Betriebsversammlungen vorzunehmen.

Die Generalversammlung ist sich weiter bewußt, daß die einheitliche Kampffront aller sozialen Metallarbeiter nur geschaffen werden kann, wenn über den Verlauf der Verhandlungen und über die Kampfsituationständige Aufklärung durch die Ortsverwaltung gegeben wird. Die Generalversammlung kann daher das Verhalten der Ortsverwaltung nicht billigen, die durch ihr bisheriges Schweigen die notwendige Mobilisierung des Belegschaftsunterklassen hat. Noch ist es jedoch möglich, das Verblümt nachzuholen.

Metallarbeiter, rüttet, denn nur durch einheitlichen und geschlossenen Kampf können wir uns den Sieg sichern!"

Jeder Metallarbeiter muß der Opposition recht geben, daß die Annahme einer solchen Entschließung als Willensausdruck der Funktionäre die einzige Antwort auf den Schiedsspruch und auf die breite Ablehnung aller Forderungen durch die Unternehmer gewesen wäre. Die reformistische Ortsverwaltung ließ jedoch zum Hohn für die gesamte Mitgliedschaft über diese Entschließung nicht abstimmen.

Wir werden einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung in der morgigen Zeitung veröffentlichen. Heute jedoch muß schon gelingt werden, daß jetzt die Betriebe das Wort haben. In den Funktionärsgruppen in allen Betrieben muß zur Entschließung der Opposition Stellung genommen werden. Die Metallarbeiter müssen von der Ortsverwaltung die Durchführung des Kampfes, so wie ihn die Opposition vorschlägt, verlangen. Der Verlauf der Generalversammlung zeigte eindeutig, daß die Mehrheit der Funktionäre ohne weiteres dieser Entschließung der Opposition zugestimmt hätte.

Der Hauptredner der Opposition sprach das aus, was die überwiegend große Mehrheit aller Metallarbeiter zum Verhalten der Ortsverwaltung drängt und was Kölle mit folgenden Worten bestätigte: "Warten wir, bis alle Verhandlungen erledigt sind", das heißt in der Sprache der Reformisten: "Warten wir, bis der Schiedsspruch verbindlich erklärt ist."

Metallarbeiter! Das muß verhindert werden! Ihr müßt die Ortsverwaltung zwingen, euren Willen durchzuführen! Ihr habt die Gemeinschaft, und nicht die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter, erzwingt den Kampf!

Die Reformisten nehmen den Eisenbahner-Schiedsspruch an

Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn wurde am Dienstag im Reichsarbekommissariat zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den beteiligten Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen. Die Vereinbarung sieht in wesentlichen mit dem Schiedsspruch, geht aber insoweit über ihn hinaus, als im Lohngebiet 3 und in der Lohngruppe 5 des Lohngebietes 2 die Süde um je einen weiteren Pfennig erhöht werden. Der Tarifvertrag soll bis 31. Jan. 1929 Geltung haben.

Nach der von der Gewerkschaftsführung geflossenen Verhandlung erhalten die Eisenbahner statt der geforderten 10 bzw. 15 Pf. Lohnerhöhung im Höchstfalle 8 Pf. in Lohngruppe 1, Lohngruppe 1 und in den anderen Gruppen 3 bis 5 Pf.

Montag hat eine Versammlung des Einheitsverbandes Berlin stattgefunden, in der Genossen Gehalte unter großem Beifall der Versammelten zu Wort kamen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die gegen den Schiedsspruch protestiert und am Schluß fordert: "Die Eisenbahner sind sich bewußt, die Sympathie aller anderen, vor Wirtschaftslämmen leidenden Arbeiterschaften zu haben und fordern die Eisenbahngewerkschaften auf, sofort die Verbindung mit den Telegraphen und unseren Staaten sowie Verkehrsarbeitern aufzunehmen, um gemeinsam den Kampf zu führen."

Beispiellose Heuchelei

Die Amnestie und die SPD

R. R. Mit einer geradezu beispiellosen Heuchelei und Unverantwortlichkeit versucht die SPD ihre schändbare Haltung in der Amnestiefrage zu vertuschen. Die SPD hat die Amnestie abgelehnt und verpricht eine solche nach zwei Monaten. Welche Gründe führt sie dafür an? Die SPD-Zeitung erläutern, die Hememörder nicht freilassen zu wollen. Die Schuls und Klapprott-Johne erschließen sich inhalt. Man könne doch diese Banden nicht herauslassen. Die SPD präsentiert sich als Klopfkämpfer gegen die Rechtsverbrecher. Die Volkszeitung erklärt gestern, daß es nicht die Aufgabe der SPD sei, „die Vertriebenenorganisationen auf der Rechten mit der Überzeugung zu erfüllen, daß ihre Unternehmungen durchaus ehrlich sind“. Diese Heuchelei ist kaum zu übertreffen. Wo hat die SPD ihr proletarisch Gewissen entdeckt, als sie 1914 5 Millionen Proleten aus die Schlachtfelder jagte, wo war ihr proletarisches Gewissen, als sie die kaiserliche Regierung retten wollte, als Gustav Noske 1918 die Arbeiter niedermachte, als sie nach dem Kapp-Putsch die Ruhrarbeiter niedertrügeln, als Ebert und Sollmann 1923 die Reichswehr nach Sachsen schickten? Liegst der Freitadel darin, daß die Kommunisten jetzt, wo zum ersten Male die Gelegenheit gegeben, die proletarischen Gefangenen wirklich zu bestreiten, die Amnestierung der Hememörder in Kauf nehmen will? 5 oder 7 gegenüber 200 proletarischen Gefangenen! Es gehört die ganze Universalität, Gemeinheit und Verlogenheit sozialdemokratischer Führer dazu, eine solche Behauptung aufzustellen. Haben nicht die sozialdemokratischen Führer dadurch, daß sie den Sieg der Arbeiter verhinderten, die Plattform für die Reaktion und ihre Hememordorganisationen geschaffen? Waren sie es nicht, die die Klassenjustiz verteidigten und unterstützen? War das nicht geheuer erst eine vorenthalte Gemeinheit der sozialdemokratischen Volkszeitung, indem sie behauptet, die Arbeiter seien durch die Patzen der KPD in die Gefangenisse gesommen? Vertheidigte Paul Levi nicht den Staatsgerichtshof? Gestern führt die Volkszeitung an, die Kommunisten haben bisher nur eine Amnestie für die proletarischen Gefangenen gefordert, die Volkszeitung schreibt:

In jedem Amnestieauftakt idiosyncrasie alle Personen von der Begnadigung aus, die sich an Mordaten oder Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation „Gutul“ oder der bayerischen Einwohnerwehr als Täter, Ankläger, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt hatten. Nun kann man selbstverständlich gewisse Kategorien strafbarer Handlungen von einer Amnestie ausnehmen. Wer es ist um möglichst Arten von Verbrechen in sie einzubegrenzen, wenn sie von Angehörigen einer Partei begangen sind, sie aber von der Gnade auszuschließen, wenn sie von Reichsbüchern oder Reichstagsverbrechen sind. Man mag die Intelligenz der Kommunisten noch so gering bewerten, das ist ihnen klar gewesen. Sie wußten, daß sich für ihren Antrag im Reichstag niemals eine Mehrheit finden würde. Daraus ergibt sich, daß sie gar nicht von dem Willen besetzt waren, ihre Spur zu befreien, ihre Sorge galt lediglich agitatorischen Interessen.“

Gegen jeden solchen Antrag der Kommunisten trat aber auch die SPD im Reichstag auf. Die SPD lehnte es ab, Max Hoelz zu amnestieren, dieselbe Volkszeitung, die gestern verkündet, daß das Schicksal von Hoelz bei der SPD in guten Händen sei, war es, die gegen die Amnestie von Max Hoelz hegte, die Hoelz einen gemeinen Verbrecher nannte.

Die Volkszeitung behauptet, seit vier Jahren habe die KPD nichts getan, um die politischen Gefangenen ernsthaft zu bestreiten. Die Volkszeitung weiß, daß sie hemmigt eine gemeinsame Kürge verbreite. Ununterbrochen hat die KPD den Kampf um die Amnestie geführt. Erst bei der großen, die breitesten Massen aufwühlenden Kampagne um die Befreiung von Sacca und Bonzetti hat die KPD die Forderung nach der Befreiung der deutschen proletarischen politischen Gefangenen erhoben. Die SPD lehnte es aber sogar ab, zur Rettung von Sacca und Bonzetti mit anzumarschieren. Die Bands der korrumptierten SPD-Führer spuken darauf, daß die Arbeiter die Haltung der SPD vergessen haben.

Die unverschämteste Gemeinheit aber begeht die SPD, indem sie die Behauptung aufstellt, die KPD wolle jetzt eine Amnestie, weil bei der Auflösung des Reichstages die Mitglieder der Zentrale auch verhaftet werden könnten. Diese kommunistischen Führer hätten eine zärrmerliche Angst, auch nur kurze Zeit das Schicksal der Arbeiter zu teilen. Verhindere dann eine Partei ihre eigene schändliche Haltung nicht verteidigen, wie das hier die SPD unternimmt. Sojen nicht die Genossen bestreiten, Höllein, dießen auch im französischen Gefangen, und andere mehr oder weniger lang im Gefangenisse während die Führer der SPD auf den Ministerstellen lagen? Diese Führer, die als Minister die Klassenjustiz, als Polizeipräsidium die blutigen Attacken gegen die Arbeiter leiteten, wagen es jetzt, aufzutreten, um die revolutionären Arbeiter und ihre Führer zu beschimpfen. Vor Kurzzeit hielten die kommunistischen Führer alle Würde verloren, schreibt das Schandblatt der „Unten“ vom Wettkampf. Dabei wissen die SPD-Führer ganz genau, daß sie lügen — sie lügen und verleumden bewußt! Weßhalb sind die Kommunisten bereit, jetzt auf ein solches Kompromiß in der Amnestiefrage einzugehen? Weß jetzt noch jahrelangem Kampf endlich eine Gelegenheit gegeben ist, die proletarischen Gefangenen zu bestreiten. Die Dresdner Volkszeitung erläutert selber: „Die Deutschen Nationalen waren bisher gegen jede neue Amnestie.“ Die Volkszeitung weiß aber auch, daß die übrigen Parteien des Bürgertums eine Amnestie nicht wollten. Sie weiß, daß das Zentrum erklärte, wenn die Deutschen Nationalen mitmachten, werde auch das Zentrum zusammensetzen. Diese Gelegenheit mußte aufgegriffen werden, wenn die proletarischen Gefangenen bereits werden sollten. Das hat die KPD getan. Die SPD aber, die immer gegen die Amnestie war, lehnte auch jetzt ab. Diesen Schandstreit verlängert sie jetzt mit Beschimpfungen und Verleumdungen zu verschleiern. Daher erklärt sie, nach den Wahlen wolle sie eine Amnestie ohne die Hememörder bringen. Die SPD weiß, daß sie die Arbeiter in der größten Art und Weise entzweit, sie weiß, daß die KPD-Partei, mit der sie nach den Wahlen eine Koalitionsregierung eingehen will, schon jetzt erklärt, daß sie auch nach den Wahlen eine Amnestie für die Hememörder will.

Die Chemnitzer Volksstimme, die sich zwar gestern bemüht, die Haltung der Reichstagsfraktion zu verteidigen, die eine Kommunistenheile im gleichen Sinne zu treiben beginnt wie die Dresdner Volkszeitung und der Vorwärts, sie lobt am Dienstag: „Wir halten die Entscheidung der Fraktionsmehrheit für außerordentlich bedauerlich.“ Zu dem demagogischen Manöver, daß die SPD nach der Wahl eine Amnestie durchführen wolle, schreibt die sozialdemokratische Volksstimme:

Nun liegt die Fraktionsmehrheit zur Begründung ihrer Ablehnung, daß es besser sei, nachdem die verurteilten Arbeiter schon jahrelang im Gefangenisse seien, während man die sozialistischen Mörder erst vor kurzem verurteilt und einen Teil von ihnen überhaupt noch nicht gefaßt hat, lieber noch zwei Monate zu warten und dann im neuen Reichstag eine Amnestie in unserem Sinn durchzuführen. Uns scheint das ein Jahr gemagtes Spiel, denn es ist sehr fraglich, ob die Bürgertumsparteien dem Druck der Sozialdemokratie zu folgen geneigt sind. Die Fraktionsmehrheit durfte nur so handeln, wenn sie die rechte Gewissheit hat, im neuen Reichstag eine völlig veränderte Situation vorzufinden. Möglich, daß dabei in manchem Kopf der Gedanke an eine

Pilsudski läßt kommunistische Abgeordnete fesseln

Die Eröffnung des Parlaments in Warschau — Wichtige Demonstrationen der Arbeiter — Polizei-Brutalitäten

Amt 27. März wurde in Warschau der neue Sejm eröffnet. Bei Eröffnen des Reichstags Pilsudski erfolgte von den Bäumen der Kommunisten, der radikalen Ukrainer und der polnischen Bauernpartei ein großer Gelöwe. Man hörte Rufe wie: „Nieder mit dem polnischen Faschismus!“ Auf Befehl des Marshalls erschien Staatspolizei im Saal und entfernte mit Gewalt die Radikalen. Es waren dies zwei Kommunisten, zwei Abgeordnete der radikalen Bauernpartei Wyzwolenie und drei radikale Abgeordnete.

Als wieder Ruhe eingetreten war, verlas der Marshall eine Kundgebung des Staatspräsidenten an den neuen Sejm. Nach Beendigung der Begrüßung verlangte der Führer der radikalen Bauernpartei, Wyzwolenie, in formaler Angelegenheit das Wort. Da ihm das Wort nicht erteilt wurde, entstand ein großer Raum, so daß die Szene um 6.30 Uhr zeitmäßig unterbrochen wurde.

Um 6.30 Uhr ging die Eröffnung des Senats durch den Ministerpräsidenten Marshall Pilsudski vor sich.

Aus Warschau wird der Böhmischen Zeitung gemeldet: Der Innenminister holte sich eine Anzahl Polizisten, und diese rückten fünf Abgeordnete — 3 Ukrainer und 2 Kommunisten — gefesselt aus dem Saal. Die Regierungssupporter begleiteten sieben Zivilbeamte mit Beifallstümern für den Marshall. Die Sozialisten und die übrigen Vertreter der Linken protestierten. Die Sozialisten sangen ihr Kampflied und ließen dadurch den Marshall noch eine Weile nicht zu Worte kommen. Pilsudski rief: „Ruhe dort!“

Das Vorgehen Pilsudskis zeigt die Willkürherrschaft in Polen. Der zaristische Absolutismus wird in den Schatten gestellt. Die Sozialdemokraten haben Pilsudski zu diesem Sieg verholfen, sie haben die Arbeiter getäuscht.

Am Abend kam es in den Arbeitervierteln zu spontanen Demonstrationen, als dort die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten im polnischen Sejm bekannt wurde. Die Demonstranten hegten sich nach dem Unterwerfungsgesetz, wo man die verhafteten Abgeordneten festhielt und verlangten die Freilassung derselben. Sofort war die Pilsudski-Polizei zur Stelle und ging mit aller Brutalität gegen die versammelten Demonstranten vor. Man nahm eine Anzahl der demonstrierenden Arbeitern fest.

Hüt die Protestaktion, die die sozialdemokratischen Abgeordneten gestern im Sejm anlässlich der Verhaftung mehrerer Abgeordneter durchführten, ist es kennzeichnend, daß man sich jetzt bemüht, bei Pilsudski, den sie während der Wahlkampagne unterstützten, nicht in Ungnade zu fallen. Um Pilsudski zu befriedigen und ihn von weiteren dictatorischen Maßnahmen abzuhalten, weist die demokratische Presse darauf hin, daß der gestern gegen den Willen Pilsudskis gewählte Sozialdemokratische Sejm-Marshall Tadeusz Lejonski innerhalb der Sozialdemokratischen Partei dem Flügel angehört, der ein Zusammengehen mit der Pilsudski-Regierung soweit als möglich anstrebt.

Demagogenspiel der Zentrumsführer

Dr. Wirth, der „oppositionelle“ Zentrumsmann, ist bekanntlich vom sozialdemokratischen Zentrum abgelehnt worden. Wirth vollführte eine Menge Manöver, um die Zentrumsarbeiter bei der Stange zu halten. Gestern veröffentlichte die Rote Fahne ein Dokument, das klar und deutlich beweist, daß das gesamte Manöver Dr. Wirths nichts anderes ist als ein Manöver. In Berlin fand eine Versprechung zwischen Stegerwald, Wirth, Marx und anderen Zentrumsführern statt. Dort wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

In dieser ergab sich völlige Übereinstimmung (?) über die politischen und sozialen Fragen der Gegenwart und der Zukunft, und kam allseitig der Wille zum Ausdruck, zu ihrer Lösung einmütig und geschlossen den Wahlkampf und die Politik in nächsten Reichstag zu führen. Dr. Wirth erklärte ferner, daß eine weitere politische Tätigkeit seinerseits sich in Zukunft in Gemeinschaft mit den Führern der Partei (?) und in Gemeinschaft mit der Fraktion nach den Grundzügen sozialistischer Staatsausübung vollziehen werde. Das einmütige Ergebnis der Versprechung war, dem Reichsparteinorstand die Aufstellung Dr. Wirths auf der Reichstagsbank (1) zu empfehlen. Der Vorsteher der Badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Scheler, erklärte sein Einverständnis, daß Dr. Wirth auf die Reichstagsübernommen werde.“

Hiermit wird voll und ganz bestätigt, was wir Kommuni-

nisten schon häufig gezeigt haben, daß die Wirtschaftsminister nicht zum Nutzen der Arbeiter aufgeführt wurden. Jetzt sind sich die Führer vollständig einig. Wirth ist der Autoreiter für die Partei der Schwerindustriellen. Die oben angeführten Vereinbarungen werden heute vom Zentrum offiziell bestätigt. Der Vorwärts ist über diese Vereinbarungen so erstaunt, daß er sie sich noch deßmehr bestätigen läßt. Die Rote Fahne ist heute in der Lage, ein weiteres, jetzt bezeichnendes Dokument zu veröffentlichen, nämlich einen Brief, den Dr. Wirth an den Vorsteher der Zentrumsfraktion, Herrn Stegerwald, nach dem Parteitag der Böhmischen Zentrumspartei, den Wirth bestellte, gerichtet hat. Wirth versichert, daß ihm davon keine, daß die Partei im Wahlkampf keinen Schaden erleide. Er ist mit Stegerwald der Auffassung, daß die Arbeiter unter Führung des SPD 1919 nicht einmal das erreichten, was vom Standpunkt des Zentrumsführer aus tragbar war. Die Führung der freien Gewerkschaften überbietet sich immer mehr der Wille der christlichen Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit mit der SPD ist notwendig, damit die SPD ihre agitatorischen Neigungen verlieren. Der Brief schließt mit der letzten Drohung, es sei Dr. Wirth unmöglich, weitere Verplasterungen zu verhindern, wenn er keine Kandidatur erhalten. Der Brief entstellt die Demagogie der Zentrumsführer gegen über den sozialdemokratischen Arbeitern und gleichzeitig die Hintergründe der sozialdemokratischen Koalitionspolitik.

„Der Mangel an Schaltung“ ist schuld —

dass die neuere Abrüstungskonferenz mit einem „glatten Abstecher“ geendet hat. So und nicht anders erklärt der gemeinschaftliche Trost Rudi Breitscheid, der führende Mann der sozialdemokratischen Außenpolitik im Vorwärts. Seit Kaisers auf die letzte Generalkonferenz der Imperialisten im Böllerbund, der übertragen auf Lingensdorf des Bankrots, der paximistischen Schwindelpolitik der Sozialdemokratie nichts zu wünschen übrig läßt (erreicht wurde nichts — oder weniger als nichts), man hat den Eindruck, als ob man noch niemals von der imperialistischen Abrüstung so weit entfernt gewesen wäre! Zuletzt taucht in dieser beispiellosen Beantwortung der Schuldfrage am Abrüstungskonto „Woan liegt die Schuld?“ Sicher in allererster Linie an dem von dem deutschen Delegierten Götzen Beinsdorf mit Recht so lebhaft dargestellten „Mangel an Schaltung in der Kommission“. Aber die Einsicht des rechnungsjungen jungen Mannes Eichmanns erhöht sich nicht etwa in dieser Beisetzung der Hauptculpabilität „es gibt noch andere Schuldige“ und man höre und sehe — „das sind die Böller leidet“.

Allerdings der Breitscheid begrüßt ja damit noch nicht, die zwei Hauptculpabilitäten des imperialistischen Weltkriegs festzustellen. Mit Geistesstärke heißt es noch einen dritten Verbrecher fest. Dieser dritte Verbrecher neben dem Mangel an Schaltung und den Böllern selbst, es ist — wie könnte es anders sein — die Sowjetrepublik!

Da die Friedensstörer also entlarvt und festgestellt sind, hören wir noch, was nun werden soll. Auch Rudi Breitscheid glaubt kaum, daß in absehbarer Zeit mit Aussicht auf Erfolg Verhandlungen der Kommission oder gar der großen Konferenz aufgenommen werden können. Was bleibt also übrig? Der Rudi Breitscheid sagt auch hier klar und angenehm, was ja die einzige Rettung ist. Die Rettung ist — die imperialistische Diplomatie! „Zunächst wird sehr wohl auf diplomatischem Wege zwischen den Regierungen verhandelt werden.“ Allerdings geht ein Rudi Breitscheid nicht, daß der Erfolg dieser diplomatischen Verhandlungen davon abhängt, ob die arbeitenden Klassen (die nebstens also auch für ihre Saumfreiheit einsatzfähig) die Sache mit größerer Energie in die Hand nehmen, als es bisher geschehen ist. Denn der Böllerbund ist nur das, was die Regierungen sind, die ihm angehören. „Gegen die Regierungen ist Sturm zu laufen“. „Sie muß man auf die Knie zwingen“. Man sieht förmlich den wackeren Streiter, wie er gegen den Bürgerblock anstürmt und ihn auf die Knie zwingt. Zum Beispiel im Kampfe „um die deutsche Reichswehr“ oder Friedensschäßig Heeren Eichmann verleidigend, der eine Außenpolitik betreibt, „wie sie die Sozialdemokratie nicht besser machen könnte“. Oder Arm in Arm mit seinem Freund Paul Boncour dem Schandbuchen, der das französische Heergefecht instand gebracht hat, das die ganze französische Nation militärisiert.

Das ist so ein Musterbeispiel des sozialdemokratischen Kampfes, des völkerbefreienden Kampfes gegen Kriegsgefecht und imperialistische Räuberpolitik.

Beträtschpolitik der SPD

Zwischen den Sozialdemokraten, Demokraten und der Böllerpartei fanden gestern in Bremen Vereinbarungen über die Wahlbildung aufzutreten. Der Senat soll aus 11 Mitgliedern bestehen, 5 SPD, 3 Demokraten und 3 Böllerpartei. Bis 31. März 1931 soll außerdem ein zwölftes Senatsmitglied von der bürgerlichen Partei gewählt werden. Der Vorwärts berichtet von diesem Kandidaten kein Wort. Auf alle Fälle ist in Bremen eine bürgerliche Mehrheit im Senat gesichert. So wie die SPD ihren eigenen Wahlbezirk in Bremen aus, mögen jetzt die kleinen Amtsinhaber zu den Wahlen die Befreiung abrufen. Möglicher Wahlerfolg noch ungünstig für die SPD sein. Das Resultat ist in jedem Falle nach dem Willen der SPD-Führer eine völkerliche Mehrheit.

Achtung, Textilarbeiter!

Zur Urwahl am Sonnabend dem 31. März müssen oft oppositionellen Textilarbeiter mobilisiert werden. Räuberzusage erscheinen in der morgigen Arbeitersstimme.

Terror gegen die Arbeiter

Die Wahl durchführung des Bürgerblocks

Berlin, 29. März (Eigene Drahtmeldung)

Der preußische amtliche Preßdienst veröffentlichte gestern Bestimmungen, die der sozialdemokratische Innensenator über das Eingreifen der Polizei und Justiz im Wahlkampf verlangt hat. Es werden Versammlungsverbote, Verhängnahme von Plakaten und Druckschriften angekündigt. Das beweist, daß im Wahlkampf die Bourgeoisie den sozialen Unterdrückungsapparat gegen die revolutionären Arbeiter benutzt und daß die sozialdemokratischen Polizeipräsidien das Werkzeug der Bourgeoisie dabei sind.

Der Haushaltplan der Stadt Dresden für 1928

Der Etat der großen Volksgemeinschaft von den Deutschnationalen bis zur SPD

Von Otto Göbel, Stadtverordneter

Den Stadtverordneten ist der neue Haushaltplan vom Rat zur Beratung und Beschlussfassung übergeben worden. Dieser Haushaltplan ist ein Musterbeispiel bürgerlich-sozialdemokratischer Realpolitik. Jede Mehrausgabe für soziale Zwecke ist von vornherein unterbunden. Die Ausgaben für Neubau und Bauunterhaltungsarbeiten sind auf ein kaum erträgliches Maß eingeschränkt.

Die Einnahmen sind demgegenüber auf Kosten der Werttätigen ungebremst in die Höhe geschraubt. Ein Klasseneintat im Interesse der Bourgeoisie.

Rund 21 000 000 Reichsmark Fehlbetrag, wie sie der Vorangegangene nach den von den einzelnen Geschäftsstellen als unumgänglich notwendig bezeichneten Einstellungen vorjahrs, sind bis auf 3 000 000 RM zusammengeklammert worden. Diese drei Millionen sollen durch Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise gedeckt werden. Die Straßenbahn soll eine Million RM Sonderabgabe an den Haushalt abführen. Die Feuerabsteuer soll von 13 auf 17 RM pro 1000 Brandeinheiten, die Grund- und Gewerbesteuerzuflüsse von 125 auf 150 Prozent und die Biersteuer von 6 auf 7 Prozent erhöht werden. Die Pflegostenfälle in Krankenanstalten sind um 20 Prozent erhöht. Selbst die Benutzungsgebühren der öffentlichen Klosetts sind um 100 Prozent in die Höhe geschraubt.

Der Haushaltplan, erstmals vorgelegt von einem sozialdemokratischen Finanzamtsdejournisten, zeigt die enge Verbundenheit sozialdemokratischer Politik mit den Interessen des bürgerlichen Staates, der bürgerlichen Gemeinde. Die Sorge um die Existenz der bürgerlichen Gemeinde steht ihnen höher als die Bedürfnisse der breiten Massen.

Blüher distanziert, Bührer gehorcht und Rößl schwent ein

Schon Ende Dezember 1927 schrieb das Organ des Oberbürgermeisters Blüher, der Dresdner Anzeiger, nachdem er die Einmündigkeit des gesamten Stadtverordnetenkollegiums, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, festgestellt und Rößl eine besondere Belobigung ausgestellt hatte, folgendes:

"Trotz der eigenartigen Konstellation der Parteien im Stadtparlament und der sich daraus ergebenden Reibungen, darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß das Milliardendefizit im Haushalt der Stadt Dresden im kommenden Jahre alle verantwortungsbewußten Mitglieder des Kollegiums in dem Bestreben einen wird, dem Anwohnen des Defizits Einhalt zu tun."

Wie die SPD diesen Wunsch aufnahm, zeigt der von ihrem Bürgermeister vorgelegte Haushaltplan. Die gemeinsame Linie des Bürgertums mit der SPD tritt ferner sehr deutlich in Erscheinung in der übereinstimmenden Stellungnahme der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Straßenbahntarifreform, so verkleidet sie gemeinsam die kommende Fahrpreiserhöhung — insbesondere ist der Wohlfahrtsstaat reichlich ausgestattet — das wagen sich Dresdner Anzeiger und Dresdner Volkszeitung gemeinsam ihren Lesern zu dienen. Die Dresdner Volkszeitung hat sogar den Nutzen, den Aufschluß mit der Überschrift "Reichliche Mittel für den Wohlfahrtsstaat" zu verleihen.

Das sozialdemokratische Organ übernimmt damit vor den Arbeitern die Rechtfertigung dieses Klassenstaats. Sie erst verleiht dem Rat die zur Durchführung seiner arbeiterfeindlichen Politik notwendige Deckung. Für sie ist einzige und allein maßgebend das Interesse an der Belastung des Haushaltplanes der bürgerlichen Gemeinde.

Hier wird tiefendringend bestätigt, was die kommunistische Fraktion in ihrer Erklärung zur Wahl des sozialdemokratischen Bürgermeisters niedergelegt hat:

Wir warnen vor Illusionen!

Dieser in Verbindung mit der Aufzeichnung von praktischen Handlungen sozialdemokratischer Bürgermeister a la Rößl (Dresden), Leinert (Hannover) und anderer an die Adresse des sozialdemokratischen Arbeiters gerichtete Warnungsruf erlangt heute volle Bedeutung.

Deutlich zeigte sich auch in Dresden die Rolle der "linken". Verhinderung der wachsenden Erkenntnis sozialdemokratischer Arbeiter von der Rolle des kapitalistischen Staates und seiner Funktionen, das ist die weiteste Aufgabe, die sie in Konsequenz dieser Haltung durchzuführen gewünscht sind. Sie tun nichts und unterlassen alles, womit die Arbeiter in Kampftstellung zum kapitalistischen Staate gebracht werden können. So wird die Übernahme von Funktionen im kapitalistischen Klassenstaat durch Sozialdemokratie zur besten Versicherung für die herrschende Gesellschaft gegenüber dem wachsenden Ansturm der Arbeiterklasse. Die Arbeiterkraft muß diese Absichten verhindern.

Die Stellung der kommunistischen Fraktion zu diesem Haushaltplan ergibt sich aus der Stellung zum kapitalistischen Staat. Der Etat der bürgerlichen Gemeinde ist nichts anderes als die Bilanz der bürgerlichen Gesellschaft für das kommende Jahr.

Alle Lallen auf die Schultern der Werttätigen, Erleichterungen für die Bourgeoisie,

Abbau der sozialen Ausgaben, das ist sein Signum.

Die kommunistische Fraktion, deren Politik ihren Anteil nur aus den Bedürfnissen der breiten Massen erhält, wird diesen Haushaltplan bekämpfen. Sie wird sich wenden gegen jede steuerliche Mehrbelastung der Werttätigen, gegen die Erhöhung der städtischen Tarife und gegen jede Verblesterierung der sozialen Positionen. Sie wird kämpfen um die Verstärkung der Mittel für die Wohlfahrts- und Schulwesen und für ein großzügiges von der Stadt Dresden durchzuführendes Wohnungsbauprogramm sowie für die Beseitigung der massenbelastenden Steuern.

Wie sieht der Haushaltplan im einzelnen aus?

Welche Veränderungen sind gegenüber dem Vorjahr eingetreten? Welche Forderungen hat die Arbeiterschaft bei den einzelnen Positionen zu stellen?

1. Vermögenszuflüsse

Hier erbringen gegenüber 1927: a) die Kapitalzinsen durch Erhöhung des Aufwertungszinsschlusses ein Mehr von 50 000 RM, insgesamt 670 000 RM; b) der Grundbesitz ein Mehr von 734 119 RM, insgesamt 1 025 920 RM.

Die Steigerung beim Grundbesitz ist auf die im letzten Jahre von der Bürgermeisterei durchgeführte Mietpreispolitik zurückzuführen. Sie sind unverhältnismäßig hoch angelegt. Die Folge muss selbstverständlich sein, daß diese Summe unter Verhältnismäßigung baulicher Arbeiten vom Rat aus den städtischen Häusern auf Kosten der Mieter herausgewirtschaftet wird. Neu ist die Position 2, 1 (Städtische Siedlungen) mit einem Zuschuß von 10 521 RM.

2. Die städtischen Betriebe und Unternehmungen

Sie sollen einen Überschuss von 5 569 671 gegen 5 131 041 RM im Vorjahr erbringen. Dieser ist wie folgt verteilt:

Gaswerke: 2 010 000 RM; **Elswerke:** 3 390 000 RM.

Die Wirklichkeit ist das, was aus den städtischen Werken herausgequält wird, wesentlich höher. Es führen nämlich außerdem ab:

die Gaswerke: zur Verzinsung und Tilgung der Wohnungsbaunaufleite 122 200 RM; als Verwaltungsgebühr an die Stadtfasse 270 000 RM; die Kosten für die öffentliche Gasbeleuchtung 1726 000 RM;

die Elswerke: zur Verzinsung und Tilgung der Wohnungsbaunaufleite 122 200 RM; als Verwaltungsgebühr an die

Stadtfasse 150 000 RM; die Kosten für die öffentliche elektrische Beleuchtung 614 000 RM.

Die Belastung beträgt demnach für die Gaswerke 4 118 200 RM und für die Elswerke 4 282 200 RM.

Die Wasserwerke werden belastet mit einer Benutzungsgebühr an die Straßen und Plätze in Höhe von 500 000 RM und einer Verwaltungsgebühr von 100 000 RM.

Die Stadtbank soll einen Überschuss abführen von 138 643 RM, der Ratskeller einen loschen von 45 000 RM.

Der Schlachthof und die Fleischbeschau sollen eine Verwaltungsgebühr abliefern in Höhe von 410 000 RM.

Die Straßenbahn hat eine Verwaltungsgebühr an die Stadtfasse abzuführen in Höhe von 250 000 RM; außerdem eine Benutzungsgebühr für Straßen und Plätze in Höhe von 1700 000 RM, sowie eine Straßenplasterungszugabe in Höhe von 120 000 RM, das sind insgesamt 2 070 000 RM, die bei anderen Positionen als Einnahmen erscheinen.

Außer dieser unverhältnismäßig hohen Belastung sollen die Gas- und Elswerke zusammen eine weitere 1 000 000 RM, die Straßenbahn 1 000 000 RM und der Vieh- und Schlachthof 1 000 000 RM an den Stadtfädel abführen.

Interessant ist die Feststellung des sozialdemokratischen Finanzamtsdejournisten. Wörtlich heißt es im Begleiterbericht zum Haushaltplan: Es darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Werte einer deutschen Stadt mit rund 150 000 Einwohnern für 1927 eine Gleichabstufung von 14 500 000 RM vorgesehen haben.

Zur Ablieferung der Million steht die Begründung: Eine Ablieferung in dieser zu erwartenden Höhe (1 000 000 RM) wird

wählerung und die Gartenanlagen. Der Zuschuß beträgt hier 3 049 889 RM, gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 2 661 471 RM. Der höhere Zuschuß ist lediglich auf die durch die Bebauungsneuregelung erfolgte Erhöhung der persönlichen Ausgaben zurückzuführen. Die tatsächlichen Auswendungen, die jetzt schon jahrelang eingeschränkt worden sind, haben erneut eine Einschränkung erlitten. Diese Vernachlässigung muss mit der Wohnungsmarkt

9. Städtisches Polizeiewesen

Die Wohlfahrtspolizei erfordert gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 323 230 RM, insgesamt 1 719 430 RM.

Die Feuerwehr, Feuerpolizei und der Sanitätsdienst erfordern einen Zuschuß von 187 295 RM. Die Kosten sind bei Einführung der Feuerwehrneuerer gegenüber 1925 mit 1 046 875 RM heruntergebracht auf 859 581 RM.

Die Paupolizei erfordert einen Zuschuß von 170 109 RM.

10. Gesundheitspflege und Wohnungswesen

Darunter fallen Volksbäder, Elbbäder, die städtischen Dampf- und Luftbadeanstalten, das Günthard, das Chemische Untersuchungsamt, die städtische Entfernungsanstalt und Entlastungsanlage, das Amt für Feuerschutz, die Algentankstrecke, das Georg-Arnhold-Bad und das Wohnungssamt.

Der Zuschuß für alle Positionen zusammen ohne Wohnungssamt ist seit 1925 dauernd gefallen. Er betrug 1925 232 500 RM, in diesem Jahre 140 708 RM, ein Gradmesser dafür, wie hoch der Rat die Gesundheitsfürsorge einschätzt.

Das Wohnungsamt erfordert einen Zuschuß von 304 101 RM, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Kurzung um 150 000 RM. Diese Erparnis ist, wie sich der Rat entscheiden ausdrückt, auf organisatorische Veränderungen zurückzuführen. In Wirklichkeit ist es ein Stück Verwaltungsreform, die naturnotwendig mit Personalabbau und Verblesterierung im Zuwanderungsgebiet für die arbeitende Bevölkerung verbunden sein muss und ist. Längere Wartezeit bei der Zuwanderung von Wohnungen für den Teil der Arbeiter, die sich beruflich nicht jederzeit freimachen können, wird die Folge sein. Die kommunistische Fraktion wendet sich gegen diesen Abbau. Sie tritt ein für Einführung des Wohnungssamtes. Sie verlangt die Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogrammes.

11. Unterrichtswesen

Das Volksschulwesen erfordert in diesem Jahre einen Zuschuß von 4 976 189 RM, das höhere Schulwesen einen solchen von 4 123 049 RM und die Gewerbeschulen 560 724 RM. Die Steigerung bei den höheren Schulen (an Zahl nur 14) gegenüber dem Vorjahr beträgt 894 817 RM, die bei den Volksschulen (mit insgesamt 114 Schulen) demgegenüber nur 293 726 RM. Die unterschiedliche Behandlung zeigt am besten das Klasseneinteil des Rates. Selbstverständlich darf es nicht an die Erweiterung der Schulimpfungen, die Einstellung höherer Mittel für Klassenzwanderungen, den unumgänglich notwendigen und jahrelang vernachlässigten Ausbau der Volksschulen. Die tägliche Reinigung der Schulräume wird immer noch abgelehnt. Die Einführung der Vermitteltretheit fehlt heute noch. Um so nachhaltiger wird die kommunistische Fraktion diese Forderungen zu vertreten wissen.

12. Wohlfahrtsamt

Im Jahre 1927 waren eingeholt 14 564 331 RM, dieses Jahr sind eingeholt 19 492 234 RM. Die höhere Summe könnte den Schluss auflassen, daß jetzt 5 000 000 RM für Wohlfahrtszwecke eingezogen sind. In Wirklichkeit ist eine Kurzung in einer Kürzung und Einführung erfolgt, denn 1. fehlen unter den Einnahmen bei dieser Position die dem Wohlfahrtsamt zustehenden Mietzinsen, mittel insgesamt 3 300 000 RM; 2. ist eine Erhöhung der Zürfzogesetze, die insgesamt 1 900 000 RM ausmachen soll, erfolgt; 3. umfasst dieser Etat 552 Beamte. Rechnen wir mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Gehälter um 20 Prozent, so ist das eine Steigerung um rund 600 000 RM; 4. ist durch die willkürliche Steigerung der Pflegestörfälle um 20 Prozent der Aufwand für die Krankenanstalten Unterbezirke und von der Fürsorge zu Betreuung um 20 Prozent höher als im vorjährigen Jahre. Rechnen wir, wie diese Summen zusammen und ziehen sie von den 5 000 000 RM ab, so ergibt sich in Wirklichkeit ein Abbau gegenüber dem Vorjahr. Das ist insbesondere schon bei den einzelnen Unterbezirken erheblich. Blendwert für die Öffentlichkeit, anders kann die Ratsausschüttung nicht genannt werden. Dagegen wagt sich die Dresdner Volkszeitung, ihren Artikel zum Haushaltplan mit der Überschrift "Reichliche Mittel für die Wohlfahrtspflege" zu verleihen. Deutschland darf nicht zum Sozialstaat werden, hetzt mit dem Abbau der sozialen Fürsorge, diese Parole der Industriellen, die der Rat befürchtet, sie wird gedeckt durch die SPD. Die kommunistische Fraktion wird bei der Einzelberatung diese Methoden kennzeichnen und alles daran setzen, um Erhöhungen der einzelnen Unterbezirke zu erreichen.

13. Kranken- und Pflegestalten, Altersheime

Hier ist der Zuschuß durch Erhöhung der Pflegestörfälle verringert, gegenüber dem Vorjahr, um nicht weniger als 1 174 188 RM. Während im vorigen Jahre ein Zuschuß von 4 655 315 RM gefordert wurde, beträgt er dieses Jahr 3 377 127 RM. Diese Erparnis ist erzielt auf Kosten der Armuten der Armen. Was der Rat jahrelang nicht fertigbrachte, der sozialdemokratische Bürgermeister macht es mit einem Federstrich. An diesem Beispiel zeigt sich recht deutlich, wie Sozialdemokratien ihre durch die Arbeiter erhaltenen Positionen ausnutzen. Sie sind Musterbeispiele dafür, wie Sozialdemokratien arbeiten. Wo bleibt die Einführung der Mittel zum Haushaltplan mit der Überschrift "Deutschland darf nicht zum Sozialstaat werden, hetzt mit dem Abbau der sozialen Fürsorge", diese Parole der Industriellen, die der Rat befürchtet, sie wird gedeckt durch die SPD. Die kommunistische Fraktion wird bei der Einzelberatung diese Methoden kennzeichnen und alles daran setzen, um Erhöhungen der einzelnen Unterbezirke zu erreichen.

14. Vereinsbeihilfen

Hier ist der Zuschuß um 37 900 RM geringer als im vorjährigen Jahre. Er ist gelungen von 910 000 RM auf 873 000 RM. Dagegen wäre absolut nichts einzubauen, wenn der Rat Streichungen bei den zu Dutzenden bestehenden Vereinen vorgenommen hätte. Seider ist auch hier festzustellen, daß der Zuschuß für bürgerliche und religiöse Vereine wesentlich geworden ist.

15. Außerordentliche Ausgaben

Dafür sind in Position 10 vorgekehrt 628 429 RM, eine für eine Großstadt lächerlich geringe Summe. In Position 10 (Arbeitslosenfürsorge) sind in diesem Jahre knappe 633 000 RM, gegenüber dem Jahre 1927 von 1 155 973 RM und dem Jahre 1926 von 2 090 619 RM eingezogen.

Insgesamt bleibt der Haushalt (ohne Betriebe) ab mit 113 817 446 RM in Einnahme und Ausgabe, und einschließlich der vorhandenen Betriebe mit 192 636 326 RM in Einnahme und Ausgabe.

Ganz offensichtlich spricht aus diesem Etat das arbeiterfeindliche Gesicht des Rates. Der sozialdemokratische Bürgermeister hat demgegenüber nicht den leichten Verlust gemacht, seine Positionen im Interesse der Arbeiter auszunutzen. Mit dem Rat gegen die Arbeiter, das ist sein Weg. Die Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen.

Schluß mit der Nazisbejährenden Politik der SPD!

Einführung in die Front des klassenkämpfenden Proletariats zum gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten zur Befreiung der kapitalistischen Klassengesellschaft!



der Straßenbahn möglich sein, wenn sie eine in ihren Grundzügen bereits feststehende Tarifreform durchführen, zu der sie ohnehin durch ihre Finanzlage gewungen ist.

(Wie schön doch Sozialdemokraten solche Dinge zu umschreiben verstehen — d. Verf.)

Gegen diese Ausweitungspolitik wird die kommunistische Fraktion mit aller Entschiedenheit antreten, weil die unabkömmerliche Konsequenz einer solchen Politik nur sein kann: Fahrpreiserhöhung bei der Straßenbahn und Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise. Die sozialdemokratische Fraktion, deren Sprecher, Rößl, im vorigen Jahre noch gegen eine solche Politik gesprochen hatte, wird allerdings auch diese Erhöhung im Interesse ihres Bürgermeisters dulden. Gleichzeitig wird ein ernstes Wort über die Lohn- und Arbeitszeitpolitik gesprochen werden.

3. Die Steuern

Sie bilden mit den Nebenkassen den städtischen Wert des Haushaltplanes. Es sind eingeholt insgesamt 44 790 000 RM, im vorigen Jahre waren eingeholt 36 350 000 RM. Die Steigerung seit 1925, wo die in den Etat eingeholtte Summe 28 652 147 RM betrug, zeigt, welche Ausprägung der breiten Massen angenommen hat. Sie können als Glensbarometer bewertet werden.

Die „notleidende“ Spirituosenfirma

Das Vorgerufen der Oberpost lehnt Schule zu machen. Alle Schwerverdienste rechnen sich langsam darauf, daß sie „notleidende“ sind. Wenn die Republik an die Kurste lohne Abhängen nicht, warum sollen wir denn dann hinzunehmen?“, so denkt sie. Und nun beginnt bei jeder Gelegenheit der Alapgegang der „notleidenden“ Schwerverdienster. Die große Spirituosenfirma Woldemar Schmidt gehört auch zu den Notleidenden. Weil sie so sehr Not leidet, ist sie natürlich nicht in der Lage, den Tarif innerhalb, dem sie mit ihren Arbeitern abgeschlossen hat. Die Firma wird nun aber nicht etwa tarifmäßig in der Weise, daß sie die tatsächlichen Abmilderungen nicht innerhält. Sie glaubt sich außer zu sein, wenn sie dies heimliche Vorgetragen gegen ihre Arbeiterschaft „verpackt“ in der Weise, daß sie wegen Arbeitsmangel, etwas notwendiger Sparmaßnahmen, behuts Rationallösung“ Arbeitnehmer entlädt. Da es dann einmal geheime, stellt die Firma Ausbildungskräfte ein... der Tarif steht geplatzt.

„Diesmal flappie es über nicht. Diesmal ist...“ Das ist der außerste brutale Hinweis auf das Arbeiters häuer und der Arbeiters Kapital. Beide sind bereits 7 Jahre bei der Firma Spirituosen und Konserven ein gross und ein teuer Wohltemmar Schmidt. Frau Kapital ist schon 59 Jahre alt. Niemand würde sie behaupten, falls die Entlassung nicht rüdigängig gemacht wird. Sie sehr kostet der öffentlichen Aufsichtsbeamten, während sie andererseits noch voll und ganz ihren bisherigen Posten, sogar zur vollen Aufrüttelung der Firma ausführte. Der Arbeiter Häuer war ursprünglich 6 Jahre lang im Rahmenamt tätig, als Matrosin. Dabei erlitt er einen Schmachtausfall, der als epileptischer Anfall gedeutet wurde. Häuer selbst bestreitet das. Ein ärztliches Attest, das das Gegenteil belegt, liegt nicht vor. Häuer gibt als Grund des Anfalls Schwäche aus Nebarbeiten am. Die Firma bestreite ihm in den Berichtsaum, um aber bezeichnenderweise nun mehr, die Entlassung begründend auf den Schwachtausfall zurückzuführen. Um den Arbeiters Kapital zurück zu erhalten, müsste nicht um daraus eine Gefährdung des Betriebes zu konstatieren. Der Verteilte der Firma Dr. Schäffer, will das Gericht in beruhigendem Ton anklagen machen, daß Gebeten oder Verbot der Firma Woldemar Schmidt von dem Ausgang des Termines abhängig sei. Rationalisierung ist der einzige Reaktion seiner Klagen. Kein vom soziologischen Standpunkt aus äusserer Interessen in die Sicherung des Dr. Schäffer, daß der Tarif der Spirituosenfirma höher ist, als derjenige der Konkurrenzfirma. Das höchste aber sei die Not der armen Firma Woldemar Schmidt...“

Der Fall lag so klar zutage, daß das Gericht in folgendem Spruch gelangen mußte: Die tatsächliche Entlassung ist rüdigängig zu machen, da sie zu Unrecht erfolgt. Schadet die Firma jedoch darauf, so ist an den Klägerin Häuer eine Entschädigung von 1300 Mark und an die Klägerin Kapital eine Entschädigung von 900 Mark zu zahlen.

Die Berufung des Museumaussehers Olch verworfen

Gestern bejahte sich die vierte Strafkammer des Landgerichts mit den Beschäden im Körnermuseum. Die Berufung Olch wurde verworfen, lediglich zwei Monate der Unterladung soll werden auf keine Strafe, die zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrentropiusverlust beträgt, angerechnet.

Berufchter Totschlag

Das Kriminalamt Dresden teilte mit: Gestern gegen 5.30 Uhr wurden die Bewohner der 1. Etage des Grundstücks An der Zwickaustraße 14 durch lautes Schreien aus ihrem Schlaf geweckt. Als sie deshalb nach dem Korridor eilten, fand ihnen dort die 30 Jahre alte Arbeiterin Bläuer. Autobahnstrom entgegen. Sie wurde von hilfsbedürftigen Personen nach der Kriminalpolizei gebracht. Hier gab sie an, daß sie kurz zuvor mit ihrem Nachbarn, dem 53 Jahre alten Glasmaschiner Johann Braun aus Erlau in Bayern, mit dem sie seit 11 Jahren zusammenlebt, in Streit geraten sei. In dieses Verlaufe habe Braun, der sie schon mehrmals mit Erhöhung bedroht habe, aus dem nahen Kloset einen versteckt gehaltenen Hammer geholt und ihn während sie noch im Bett lag, mit den Worten „Ich schlage dich tot“ mehrere mächtige Schläge auf den Kopf versetzt. Sie habe noch die Kraft besessen, aufzuspringen, Braun den Hammer zu entziehen und diesen durch das Fenster auf den Hof zu werfen. Der Täter, der sofort die Flucht ergreifen hat, konnte noch nicht erlangt werden. Die kriminalpolitischen Ermittlungen sind losgelöst aufgenommen worden. Braun ist als gewalttätiger Mensch bekannt. Die Bläuer wurde nach dem Krankenhaus übergeleitet. Ihre Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Explosion. Im Grundstück Kleine Plauensche Gasse 42 erfolgte gestern gegen 2.30 Uhr eine heftige Explosion. Durch den lautem Knall aus dem Schlafe geweckt, eilten die Bewohner, nur notdürftig bekleidet, auf die Straße. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß nur Kurzschluß der elektrischen Starkstromleitung vorlag. Personen sind nicht verletzt worden.

Für 1500 Mark Sprechapparate und Schallplatten gestohlen. Im Grundstück Kesselsdorfer Straße 25 drang in den Räumen zum Sonntag oder Montag ein unbekannter Tisch vom Hotel aus nach Eindringen der Fensterscheibe in den Geschäftsräum von den Münchhausen's Abris ein und entwendete folgende Gegenstände: 2 Columbia-Koffer Nr. 100 und 112, 1 Vinter-Koffer, 1 Phonphon-Werk, Werk Bolzor, 2 Cromona-Schallplatten, mehrere Karten Grammophongabeln und etwa 200 Schallplatten verschiedener Marken und Größen. Vor Anlauf wird gewarnt.

Kollidie, vor denen in den Tagespresse schon wiederholts gewarnt worden ist, haben in den letzten Tagen die Straßen der inneren Stadt in erhöhtem Maße unruhig gemacht und von aufdringlichem Viehverkehr. Großtrotz aller Art ent-

wendet. So wurde am 24. März in den Nachmittagsstunden am Südaustrang der Antoniusmühle von einem Rollwagen ein Stück Holzschweinleiste geklopft. Am Tage darauf fand man an der gleichen Stelle ein herziges Auto erbrochen vor. Weiter wurde furchtlos von einem Expeditionszug auf der Fahrt vom Güterbahnhof Rosenthal bis Johannisthal ein Ballon grauer Herrenkamimgarnstoff (4 Meter) entwendet. Der Ballon ist etwa 25 Pfund schwer und S. u. R. Nr. 6588 gezeichnet. Ferner wurde vor einigen Tagen auf der Ritterstraße nahe des Marktmeierenganges vor einem Handwagen eine Kiste, 60 mal 40 mal 30 Zentimeter groß, mit 20 bis 30 Stück Butter, „Rossmuster“ geklopft. Vor Anlauf des Viehverkehrs wird dringend gewarnt.

Wem gehören die Überzieher? In Verwahrung des Polizeipräsidiums befinden sich 2 Herrenüberzieher, die in biegenen Postalen versteckt worden sind und wie folgt beschrieben werden: 1 fast neuer schwarzer Überzieher, auf Taille gearbeitet, Samtkragen, 2 Reihen Knäpfe, schwarzes Futter, 2 Taschen und 2 Augenklappen, in einer Tasche befindet sich 1 Hausschlüssel; 1 abgetrennt schwarzer Überzieher, Samtkragen, schwarzes gerippiges Futter, 2 Reihen Knäpfe, 2 Taschen und 2 Augenklappen. Das Futter der linken Aufhänger ist zerissen, während die Tasche der linken Tasche neu eingefügt ist. Die Eigentümer wollen sich morgens von 8 bis 14 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 71a, melden, wo auch die Überzieher zur Ansicht ausliegen.

Rechtsverteidiger. Von der Kriminalpolizei wegen Belegschaftsvertrag wurde der Rechtsverteidiger Martin Antel freigesprochen. Der Tarif der rechten Aufhänger ist zerissen, während die Tasche der linken Tasche neu eingefügt ist. Die Eigentümer wollen sich morgens von 8 bis 14 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 71a, melden, wo auch die Überzieher zur Ansicht ausliegen.

Rechtsverteidiger. Von der Kriminalpolizei wegen Belegschaftsvertrag wurde der Rechtsverteidiger Martin Antel freigesprochen.

Die „Ebe“ gelangten gestern gegen 17 Uhr eine schwere Verläsion beim Italienischen Dorfchen. Drei weitere Polizisten holten die Lebendomile wieder heraus und führten sie der Polizei und Pflegeanstalt zu.

Ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können, ereignete sich gestern vormittags im Grundstück Spenerstraße 16 in Dresden-Erielen. Tortfeldt werden Beschleunigungsarbeiten ausgeführt, und zwar von der Firma Schöberl Spenerstraße 7. Infanterie kapitalistischer Profiteur wurden zur Herstellung der etwa 2 Meter hohen Auswachungen wahrscheinlich sehr oft und vor allem viel zu schwache Bretter verwendet, so daß die Sandmassen nicht standhielten und verloren. Die hereinbrechenden Sandmassen verschütteten den Arbeiter A. Erielen bis zur Brusthöhe. Der herbeigeführten Rettung gelang es nach etwa einstündigem Versuch, den Verletzten aus seiner Lage zu befreien.

Schon wieder ein Kind überfahren

Areal. Am Dienstag wurde auf der Oberen Dresdenstraße ein etwa 3jähriger Knabe von einem Radfahrer überfahren. Der Knabe wurde dabei schwer verletzt. Nach Begegnung hat den Radfahrer keine Schuld treffen.

Eines „heiteren Abends“ veranstaltet die Polizeischule am Sonnabend um 20 Uhr im Logenhausaal, Otto-Allee 13. Erich Ponto liest aus den Werken von Wilhelm Busch vor.

Gähnderhannes und der Pirnaer Anzeiger

Unter dem Mantel eines Künsteleins läuft der Pirnaer Anzeiger in seinem Nr. 10 eine üble Hesse gegen die Sommelian vom Stapel. Nun möchte der Verfasser dieser Sommelian mit seinen eigenen Wörtern klagen: „Gott bleibe Gott, ob es unsere Volkssorte nur brutal und oszillett unter funktionalen Planten sein versteht und in kleinen, kaum spürbaren Dingen versteckt wird, so die sehr böse ist noch das, was geschieht.“ Nahe es handelt sich ja gar nicht darum, die Partei zu schaden. Das Werk des Herrn Doktor auf dem Verkäufer zu schaden. Das Werk des Herrn Doktor auf dem politischen Seite des Pirnaer Anzeigers vom 21. März ist von jeher ein beliebtes Mittel der Demagogie, welches von der Parteipolitik mit ganz besonderer Vorliebe bedient.“ Sehr richtig, Herr Doktor. Es handelt sich im nachstehenden ebenfalls nur um ein Werk zu Gewaltstötungen auf der Bühne, im Film, im Buch und das ist leicht in „Pirnaer Anzeiger“. Mit getadezu toller Leidenschaft macht Herr Dr. A. - seinen verkrampften Dichtergriffen Lust, sich weiter, so hat im verstaubten Pulz ein Tugend ebenso verstaubte treuteutsche Heldendramen o. a. Wildenbruch (antiklubmäler liegen!), indem er Dichter angreift, die er obwohl sie sogar zumeist seiner eigenen Klasse angehören, als zu wenig treubutsch empfinden. Sträflich nennen wir die Leidenschaft des Herrn Doktor, weil Dr. A. - seinem Theben seine Antihelden gegenüberstellt. So betont er z. B. die Zeit des deutschen Kaiserreiches, als eine, von seinem zweiten Kaiserwahl der Welt auf dem Gebiete der Sozialfürsorge erreichte Epoche. In diesem Sinne in die reellen unmöglichkeiten Arrogans des deutschnationalen Biedermanns enthalten. Eine Arroganz, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß Tausende von Jahren vorher z. B. das Reich der Mitte, China, jenen anderen Reich der Mitte, Deutschland kulturell weit überlegen war, eine Arroganz, die glatt leugnet, daß jenes zwölftausend Deutschland ländlichen Menschenleben nur widerwillig sich benannte auf den Druck der Männer, die in einer und bei jedem noch äußerst fragwürdige Sozialfürsorge zu schaffen. Gleichzeitig entstand aber das Sozialtheater, das nach der Raub Thringen, gleich die Pfälzer Jäger, die es glatt leugnet, daß T

Zum Eisenbahnerkampf

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Lohnverhandlungen sind ein Standort. Es schreibt der Hauptvorstand vom Eisenbahnerverband in der Berichterstattung Nr. 10. Warum? Weil der Generaldirektor Formulat eine Verhandlung mehr wünscht und er eine Rolle vor sich hat. Was ist bis jetzt bei den Verhandlungen der reformistischen Gewerkschaftsführer mit der Reichsbahn-Hauptverwaltung für die ausgehängten Eisenbahnerprofessen herausgekommen? Nichts! Die Reichsbahn-Hauptverwaltung, in der der Großindustrielle von Siemens den Ton angibt, legt das Informen der Eisenbahner sei seit 1913 um 20 Prozent gestiegen. In Wirklichkeit sind es nur 28 Prozent. Der Durchschnittslohn eines Eisenbahnerbetriebs mit 2 Kindern beträgt 1688 Mark ohne Abzug. Für diesen Lohn erhält er an Lebensmitteln u. a. nur noch 1913 für 23 Mark. Also der Eisenbahner verfügt keine Arbeitskraft für die Hälfte des ihm zugeschriebenen Lohnes. Wie sieht es nun in einer Eisenbahnerfamilie aus? In den notdürftigsten Verhältnissen müssen sie ihr Leben fristen, Schuden sind an der Tagesordnung. Das beweisen tausende Unterstellungs- und Bettelgesuche der Eisenbahner an die Reichsbahnverwaltung. Viele Eisenbahner sind gezwungen, durch die traurigen Löhne Nebenarbeiten zu verrichten, zum Beispiel bei den jüdischen Straßenbahnen als Aushilfe während der Sonn- und Feiertage. Die Vertreter der Reichsbahn-Gewerkschaft haben bei den folgenden Verhandlungen erklärt:

Die Lohnempfänger der Reichsbahn haben im vorigen Jahre die ihnen zustehende Lohn erhöhung für 1928 schon erhalten.

Würden gibt es nicht. Die Anträge der Gewerkschaften sind abgelehnt — wegen Geldmangel. Wie sieht nun dieser Geldmangel aus? Im Jahre 1927 betrugen die Einnahmen 3000 Millionen Mark. Demgegenüber standen 1070 Millionen Mark Ausgaben und 100 Millionen Mark für Ausgleichsrücklagen und 62 Millionen Mark Dividende. Es bleibt immer noch ein Überschuss von über 700 Millionen Mark. Ein Oberbaurat Schulz vom Zentralamt unterschlägt 100 000 Mark und jetzt meldet die Presse, daß die Unterhaltslungen noch viel größer sind. Zur Leno, Bahnhof und Werftpost, sowie auf Leistungsschlägen für Vorgerichte, bei den Eisenbahnerarten als Antreiberverzölle bekannt, werden Millionen ausgegeben. Ein Minister des Verwaltungsrates zum Beispiel (Luther oder Sud) (NSDAP) erhält für eine Sitzung im Monat mehr, als ein Eisenbahner das ganze Jahr verdient.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer sagten dem Vertreter der Verwaltung, daß er dem Schlichter die Arbeit nicht erschweren solle. Also der Schlichter soll den Gewerkschaftsführern die Kosten aus dem Heuer holen, damit sie nicht zu kämpfen brauchen. So leben diese Beamten vom Schlag der Schriftsteller aus. Große Worte in der Verbandszeitung, da lange das Maul nicht an, und wenn der Kampf beginnen soll, dann fallen die um und sagen: Komm, Schlichter, hilf! Was die Eisenbahnerarbeiter von dem Schlichtungswindel zu halten haben, das haben sie zur Genüge aus den schieren Schleißbüchsen gelernt. Die oppositionellen Eisenbahnerarbeiter haben ihre Körnerungen ihres Duhenden Males am Hauptortland unterbreitet. Über was geschieht damit? Er wird diese berichtigten Vorwürfe in den Papierkorb. Als Antwort schlägt er die beiden Kämpfer, die Vorhut der Eisenbahner, aus der Gewerkschaft aus. Die reformistische Führung des Eisenbahnerverbandes kennt es aber als den einzuniglich gefassten Befluss der Dresden Eisenbahner nachzukommen und die Streitbrecher aus der Oberschicht zu entfernen. Ein Anschlag in den Werkstätten Dresden-Kreisstadt, unterzeichnet vom Betriebsmann Barthel (SPD), nach dem Dresden Streit dient als Beweis. Diese Methode der Schriftsteller und Konkurrenten, die zur Fortführung der Gewerkschaft führen muß, kennt die Reichsbahn-Hauptverwaltung genau. Aus diesen Gründen lehnt sie jede Lohn erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ab und lädt mit voller Wucht die Nationalisierung auf die Eisenbahner niederprasseln. In Nummer 1 des Deutschen Eisenbahners schreibt Schefel zur Jahreswende unter der Überschrift: "Küßblau und Ausblick". Menschenwürdige den Leistungen angepaßte Lohn- und Arbeitsbedingungen sind unbedingt erforderlich." Aber schon nach Monaten denkt er gar nicht daran, den Tarifvertrag der Arbeitszeit zu ändern. Eisenbahner, ist das nicht ein Doppelspiel?

Collegen! Nehmt eure Verbandszeitung, die Nr. 1 von diesem Jahre zur Hand! Dort könnt ihr euch von den Tatsachen überzeugen. In Nr. 13 schreibt er zur Reichstagssitzung einen Artikel mit dem Ausdruck: "Wählt SPD! Eisenbahner! Macht die Augen auf! Wählt eure Henker nicht selbst; geht ihnen die richtige Antwort für die Spaltungswart und wählt Kommunisten! Füsst end bei der gegenwärtigen Lohnbewegung nicht anders Fuß hauen. Dringt darauf, daß eure am Mittwoch dem 21. März im Reichstag einstimmig angenommene Entschließung sofort in die Tat umgesetzt wird und eröffnet den Kampf.

Arbeiterport

Gleich und gleich gefestt sich gern

Der Deutsche Fußballbund als Vertreter des "Amateur-Sports" hat durch seine Landesverbände den Spielvertrag mit "Professional"-Ländern wieder aufzunehmen. Jedenfalls soll mit den Ländern Österreich, Tschechien und Ungarn der "Betrieb" unter erschwerten Bedingungen aufgenommen werden.

Wir gratulieren dazu! Unter der Devise ist Gewißheit" hofft der Deutsche Fußballbund noch Ideale zu fördern. Für Ideale erhält er die Vergünstigungen zur Pflege der Leibesübungen. Die Scheidung vom Ideal-Sport bliebt dem bürgerlichen Fußballbund doch nicht allzu schwer fallen. Dafür sind doch die Beweise über die netten Zustände zur Genüge bekannt. Ja, ja, "Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist."

Zum DSB zurückgetreten ist Hartmann. Wir hatten uns nicht getzt, in der Annahme, daß er nur Verlockungen folgte. Jeden Arbeitersportler legen wir nochmals ans Herz, etwaigen Verlockungen standzuhalten und diesen "Kauf" keinen begreiflich zu machen, was Arbeitersportler heißt. Diese Leute kommen dann ganz deaktiviert nicht wieder.

"Agus".

Aufschlußbericht: Riesa-Mittendorf. Freitag den 20. März nach der Turnstunde im Saalbau. Versammlung des Kreisfußballverbands, Senat. Riesa. Sitzung zum bürgerlichen Sport. Aufstellung sämtlicher Mannschaften für Riesa 1928.

Große Turnerschaft Schedens. Wenn hiermit zur Kenntnis, daß ab Freitag den 30. März unter Sportverbot steht.

Arbeiter-Samariter-Kolonne, Schedens-Döhlen. Sende Donnerstag den 28. März 20 Uhr im Saalbau Riesa-Mittendorf.

Arbeiter-Kurs und Sportverein Riesa. Sende Donnerstag wichtigster Turnspielerberichtung 19 Uhr in der Schule Ode. Schedens den 21. März findet in der Turnhalle eine Wissenskonkurrenz der Schülertafel statt. Die Eltern der Kinder sind ebenfalls eingeladen. Montag den 2. April Turnausstellung in der Schule Ode 19 Uhr.

Kundgebung zum Reichsjugendtag mit „Roter Revue“

Morgen Freitag, den 30. März, 20 Uhr, in Dresden (Kristallpalast, Schäferstraße)

Sonnabend, den 31. März, 20 Uhr, in Freital-Döhlen (Küllers Gaihof)

RKD / Bezirk Sachsen / Sekretariat
Abteilung Eisenbahn und Auto, Dresden-Albertplatz 9, Tel. 28152. Der Beauftragungsraum mußte fortbestehend offen liegen vor dem Beauftragungsraum im Sekretariat gemeinsam sein. Besuch in allen Arbeitserfolgen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr.

Urgesisionssitzung der RKD Sachsen

Dienstag den 1. April 9 Uhr im Bürgergarten, Dresden-Löbtau, Löbster Straße

Morgen Freitag Sitzung der eng. Bezirksleitung 20 Uhr

Kommunistische Partei

Freitag den 30. März

Stadtteil 1, Dresden-Zentrum 3 und 9. Mitgliederversammlung. Bildhauerkreis.

Stadtteil 4, Dresden-Zentrum 4 u. 5. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 2, Dresden-Zentrum 1. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 3, Dresden-Zentrum 3. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 5, Dresden-Zentrum 5. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 6, Dresden-Zentrum 6. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 7, Dresden-Zentrum 7. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 8, Dresden-Zentrum 8. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 9, Dresden-Zentrum 9. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 10, Dresden-Zentrum 10. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 11, Dresden-Zentrum 11. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 12, Dresden-Zentrum 12. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 13, Dresden-Zentrum 13. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 14, Dresden-Zentrum 14. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 15, Dresden-Zentrum 15. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 16, Dresden-Zentrum 16. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 17, Dresden-Zentrum 17. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 18, Dresden-Zentrum 18. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 19, Dresden-Zentrum 19. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 20, Dresden-Zentrum 20. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 21, Dresden-Zentrum 21. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 22, Dresden-Zentrum 22. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 23, Dresden-Zentrum 23. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 24, Dresden-Zentrum 24. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 25, Dresden-Zentrum 25. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 26, Dresden-Zentrum 26. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 27, Dresden-Zentrum 27. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 28, Dresden-Zentrum 28. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 29, Dresden-Zentrum 29. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 30, Dresden-Zentrum 30. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 31, Dresden-Zentrum 31. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 32, Dresden-Zentrum 32. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 33, Dresden-Zentrum 33. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 34, Dresden-Zentrum 34. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 35, Dresden-Zentrum 35. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 36, Dresden-Zentrum 36. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 37, Dresden-Zentrum 37. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 38, Dresden-Zentrum 38. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 39, Dresden-Zentrum 39. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 40, Dresden-Zentrum 40. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 41, Dresden-Zentrum 41. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 42, Dresden-Zentrum 42. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 43, Dresden-Zentrum 43. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 44, Dresden-Zentrum 44. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 45, Dresden-Zentrum 45. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 46, Dresden-Zentrum 46. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 47, Dresden-Zentrum 47. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 48, Dresden-Zentrum 48. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 49, Dresden-Zentrum 49. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 50, Dresden-Zentrum 50. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 51, Dresden-Zentrum 51. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 52, Dresden-Zentrum 52. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 53, Dresden-Zentrum 53. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 54, Dresden-Zentrum 54. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 55, Dresden-Zentrum 55. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 56, Dresden-Zentrum 56. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 57, Dresden-Zentrum 57. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 58, Dresden-Zentrum 58. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 59, Dresden-Zentrum 59. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 60, Dresden-Zentrum 60. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 61, Dresden-Zentrum 61. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 62, Dresden-Zentrum 62. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 63, Dresden-Zentrum 63. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 64, Dresden-Zentrum 64. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Stadtteil 65, Dresden-Zentrum 65. Mitgliederversammlung im Kehrwald Bergstr. 10. Bildhauerkreis.

Zum Kampf im graphischen Gewerbe

Über Strategie und Taktik in den Lohnkämpfen der graphischen Berufe

Von Kurt Fröhlich, Dresden

Die Gewerkschaften sind nun auf dem Markt eingetragen. Sie können, um zusammen mit den Gewerkschaftsführern und ihren Gehilfen dieses entsprechende Interesse ausüben, aber sie müssen die Gewerkschaften unterstützen. Das ist das Ergebnis der Kämpfe des letzten Jahres.

Und das große Werkzeug der Gewerkschaften ist, daß durch ihren Kampf zum Sieg der Lohnkämpfe und zur Bemühung der Brüderlichkeit des Gewerbes zu schaffen.

Zur graphischen Gewerbe ist Hochkonjunktur. Die überaus gute Wirtschaftslage wird noch in hohem Maße geteilt durch die vorliegenden Reichstagssitzungen. In dieser, dem geläufigen Gewerbe günstigen Zeit, lassen für die beiden Hauptgruppen, die Buchdrucker und Buchbinderei, die Lohnarbeiter beide Parteien für den 31. März gefordert. Verhandlungen fanden statt, bei denen für die Buchdrucker 350 Mark, für die Buchbinderei 380 Mark auf die zehn gesuchten Spaltenlöhne mit der Gültigkeitsdauer eines Jahres vor den Schiedsgerichten als genug angesehen und den Antragenden zur Annahme vorgeschlagen wurden. Die Buchdrucker lehnten den Schiedspruch ab, sie blieben auf ihrer Forderung, in der Spalte wöchentlich 30 Mark Zulage bei der Zeitnahme eines halben Jahres beibehielten. Um ihre Forderungen durchzuführen, wurde beschlossen, am Freitag den 21. März in allen Druckereien, in denen die Forderungen nicht bewilligt, zu handeln. Diese Aktion wurde restlos im ganzen Reich durchgeführt.

Zu demselben Tage, an dem die Handlungen in den Druckereien von den Gehilfen eingereicht wurden, nahmen die Vertreter des Buchbindersverbands den Schiedsgericht an, und zwar erklärt, sie ist uneingeschränkt einverstanden, bevor der Schiedsgericht geöffnet wurde. Wenn im Kriegsfall ein militärischer Führer eine unerreichbare Position aufgibt, tragen die Soldaten dies noch zu halten, aber sie von außen zu erzwingen ist, so wird es gegen Recht vor dem Feind" zur Fehde schädigend. Wir fragen: "Ist das Vorgehen des Buchbinderverbandsstandes etwas anderes?" Ist das, was er tut, nicht Störung am Wahlkampf des Buchdrucker? Erhält die Kampfleitung, die von den Buchdruckern eingesetzt wurde, nicht dadurch eine erhebliche Schwäche? Doch der Führer erkennt nur nicht nur die Buchdrucker und die Buchbindereihilfsarbeiter, die ebenfalls geholt haben, die Rücksicht einzuholen, haben, er erhält bis eben sehr auch auf die Mitglieder des Buchbinderverbandes selbst. Die Forderungen der Buchdrucker bewegen sich in Richtung der Buchdrucker und verlangen Verteilung der höheren Lohnforderungen.

Wie wurde der Vertrag vorbereitet und was wurde damit bewirkt?

Was zunächst nach oben und ganz leicht ausgedrückt werden kann, nämlich dass Kämpfer nicht allein vom Vorstand des Buchbinderverbandes, auch die Vorstände der Buchdrucker und Hilfsarbeiter und nicht zuletzt die Fertigung des ADGB trugen die Schuld, gemeinsam bereiteten sie den Vertrag vor.

Alle drei genannten Organisationen und im ADGB vertreten: Sie nehmen zwei Beziehungen, zumal die Buchdrucker, teilnahm im Hauptverein ein. In diesem Beziehungsverhältnis zwischen den Organisationsverbänden, die Buchdrucker und die Buchbindereihilfsarbeiter, die ebenfalls geholt haben, die Rücksicht einzuholen, haben, er erhält bis eben sehr auch auf die Mitglieder des Buchbinderverbandes selbst. Die Forderungen der Buchdrucker bewegen sich in Richtung der Buchdrucker und verlangen Verteilung der höheren Lohnforderungen.

Zum 21. März zogen die Verbandsvorstände der Buchdrucker eine Bekanntmachung aus, die am 21. März 1921 war, wo die Forderungen nicht erfüllt werden, die Rücksicht der Arbeitsverhältnisse berücksichtigt. Diese Bekanntmachung wurde im Vorstand des Organisationsverbänden, an einer wichtigen Stelle veröffentlicht. Will man nur einem Arbeitnehmer weiszumachen, daß der Vorstand des Buchbinderverbandes keine Forderung gemacht hat, als er am 21. März den Schiedspruch eröffnete, daß er am Samstag annehmen will, und man uns glauben möchte, daß der Vorstand des Buchbinderverbandes nicht sofort den Vorstand des Buchdrucker vom letzten Vorstand benachrichtigte, noch ehe er seine Zustimmung zur Ausübung des Schiedsgerichts gab". Dass daraufhin die Bekanntmachung der Buchdrucker nicht sofort beim Fertig beim ADGB eingehen mögen. Dazu wurde bis jetzt nichts verlautet. Beleidigt wird dadurch nur doch schon von vorherin die eingeschlagene Linie bestätigt und ebenfalls danach gehandelt wurde. Wichtig ist dabei, daß alle Vorstände, die mit dem graphischen Gewerbe zusammenhängen, innerhalb des ADGB eine Assozia-

tion bilden, den Graphischen Bund. Diese Tatsache verhindert nur noch das Verhalten der Gewerkschaftsführer. Offensichtlich ist diese Organisation noch nicht in Erscheinung getreten. Vielleicht besteht deren ganzes Dasein nur darin, daß unter der Rubrik "Spesen" eine Seite im Hauptbuch des ADGB ausfällt. Blaßt man nicht jetzt, in dieser so überaus gespannten Situation dieser Organisation Leben und Tod geben? Damit diese die Lohnkämpfe leitete, die Maßnahmen ergriff, um geschlossen den vollen Sieg zu erkämpfen. Darin liegt das vollkommene Vertrauen der Fertigung des ADGB und der Vorstände der im Heute kommenden Verbände.

Die Taktik der ADGB-Führung

Es ist ein wenige Wochen her, daß der Kampf in Mitteldeutschland ausgelöscht wurde. Auch in Sachsen haben wir keine Auswirkungen gesehen, und haben vor allem die Taktik der Gewerkschaftsführer in Bezug auf Ausdehnung der Kampftests praktisch kennengelernt. Als in den Lauchhammerwerken in Riesa die Arbeiter ausgesperrt wurden, wurde mit allen Mitteln verhindert, die Arbeiter in den Gußstahlhütten in Kreis von einem Eingreifen (Solidaritätsstreik) abzuhalten. Es wurde von den örtlichen Verträgen abgewandelt, daß die Aussetzung in Riesa überhaupt durchgeführt worden ist. In dem gleichen Fall konnte dieselbe Taktik im Stahlwerk in Böhlen ebenfalls werden. Und als in der Zeit der mitteldeutschen Bewegung auch die Werkszeugmacher in Berlin ihre Forderungen stellten, wurden sie von der ADGB-Fertigung solange dingehalten, bis die mitteldeutschen Arbeiter "erledigt" waren. Diese Praxis wiederholte sich auch, als die Werkszeugmacher in Berlin in den Streik traten. Trotzdem die Unternehmer Tonnen und über tausende Metallarbeiter aller Kategorien als Antwort auf den Ausstand der Werkszeugmacher ausspielen, wurde vom ADGB nichts getan, um dem Kampf eine breitere Basis zu geben. Dieselbe, was wir jetzt wieder in verzeichnen haben, bei den Buchdruckern und Buchbindern.

In der Taktik des ADGB liegt Saison. Bestätigt wird dies noch durch die Ausführungen Volkmanns in der Bundesausbildung vom 20. März, in der er erklärt, daß das Bürgeramt wegen der Wirtschaftskämpfe keine Befreiungen zu haben braucht. Der ADGB werde alles tun, damit die Kämpfe so geführt werden, daß keine Erhöhung der Wirtschaft" eintrete. Diese Einstellung kennzeichnet die kostenschaffende Politik der Gewerkschaftsführer, die auch in der Stellung zur Rationalisierung und zum Schlichtungswesen zum Ausdruck kommt.

Wir sehen, daß die Linie der Gewerkschaftsführer gerade entgegengesetzt von dem verläuft, was Endels zum Ausdruck brachte, als er die oben wiedergegebenen Worte niederschrieb, wenn nur nur in der letzten Zeit für verhindern erklärten Schiedsgerichte bedrohten. Und doch die Fertigung des ADGB darf keinerlei Verantwortlichkeit und, wenn eintreten sollte, was Dr. Engels im ersten Satz sagt, das diesem Artikel vorsteht.

Die Taktik des Vorstandes des Buchdrucker-Verbandes

Der Korrespondent bemerkte in einer seiner letzten Nummern gegen die Rose Fahne, weil diese gefordert hatte, daß das Rücksichtsgemander eine "hohle Geite" sei. Er verwarf noch ganz entweder dagegen. Die Auflösung zur Rücksicht, die Mitglieder ist nicht nur eine "hohle Geite", he ist eine bewußte Täuschung. Die Verbundesleitung mußte wissen, daß die Großkapitalisten jeden Schiedspruch verhindern lassen müssten, wollten sie nicht in die Gefahr geraten, der Stelle im Wahlkampf verlustig zu gehen. Wie konnte es der Verbandsvorstand wagen, die Buchbinderei nicht mit in die Kampffront einzubringen, wenn er doch den Kampf aufnehmen wollte? "In das Vertrat oder nicht?" Was sollten die Aufforderungen im Korrespondent, daß trotz Schiedsgerichtsverfahren nicht werden soll? Was soll die Aufsichtsbehörde der Kollegen, wenn man bestimmt weiß, daß der Schiedspruch für verhindert wird und man die Verbindlichkeitserklärung gestellt hat. So manchen SPD-Kollegen sind in dieser Generalversammlung die Augen aufgegangen darüber, daß dieser Art der Unterdrückung der Mitgliederrechte zur Verstärkung des Verbands führen muß. Es gilt darum, alle Kräfte, denen die Einheit am Herzen liegt, zusammenzufassen, um dem verhinderten Spiel einer gewalttätigen SPD-Führertruppe mit der Einheit des Verbandes ein Ende zu machen.

Sie ohne irgendwelche weitere Erklärung als mit einer eben, erstaunlichen Lamentation schließt:

"Herr Müller, das war sehr gerechte Entscheidung! und die Kollegen auffordert, diesen Schiedsgericht ohne jede weitere Kampfhandlung anzunehmen, wie es der Vorstand tut!"

Die Strategie des Vorstandes des Gau Dresden des ADGB

Der Gau Dresden wird von dem ADGB-Vorstand geleitet. Klar kommt auch hier die allgemeine Linie zum Ausdruck, die vom Verbandsvorstand vorgeschrieben wird. Wiederum die Kollegen allgemeine ihre Rücksicht eingereicht haben, werden in verschiedenen Betrieben noch während der Rücksichtsjahrszeit Verhandlungen aufgenommen, deren Ziel ist, Lohnerhöhungen heranzuholen, die sich weit unter den geplanten Forderungen bewegen. So in der Dresdner Wollseidlung, wo auf der Basis von 8 Mark Zulage verhandelt wird. Die Arbeitnehmer werden, damit die Forderungen allgemein durchsetzt werden, zur Rücksicht gezwungen, damit wird eine reale Kampfhandlung dokumentiert und mit Willen des Gauvorstandes wird diesen Kollegen in den Rücken fallen, um ihnen während die der Sitzung des "Regelung" beizustehen vorzunehmen. Das ist die Sabotage des Kampfes ihm immer Metternich Art.

Was ist zu tun?

Die Buchdrucker Dresdens können auf keinen Fall die Taktik des Vorstandes mitmachen. Sie dürfen auch nicht den Kollegen in München, in Berlin, in den vielen anderen Orten in den Rücken fallen, die den Kampf auf jeden Fall weiterführen wollen. Für die Dresdner Buchdrucker besteht ebenfalls immer noch die Forderung.

10 Mark Zulage bei halbjährlicher Dauer

Ich der Motivationen des Haupt- und Gauvorstandes ist die Verbindlichkeit. Kampf. Dem Gauvorstand werkt sein Gejammer ins Gesicht. Die Buchdrucker müssen wieder der Stoßtrupp und die Elite der organisierten Arbeiterschaft werden. Eine Lösung muss ja auch als die Werkszeugmacher in Berlin in den Streik treten. Trotzdem die Unternehmer Tonnen und über tausende Metallarbeiter aller Kategorien als Antwort auf den Ausstand der Werkszeugmacher ausspielen, wurde vom ADGB nichts getan, um dem Kampf eine breitere Basis zu geben. Dieselbe, was wir jetzt wieder in verzeichnen haben, bei den Buchdruckern und Buchbindern.

In der Taktik des ADGB liegt Saison. Bestätigt wird dies noch durch die Ausführungen Volkmanns in der Bundesausbildung vom 20. März, in der er erklärt, daß das Bürgeramt wegen der Wirtschaftskämpfe keine Befreiungen zu haben braucht. Der ADGB werde alles tun, damit die Kämpfe so geführt werden, daß keine Erhöhung der Wirtschaft" eintrete. Diese Einstellung kennzeichnet die kostenschaffende Politik der Gewerkschaftsführer, die auch in der Stellung zur Rationalisierung und zum Schlichtungswesen zum Ausdruck kommt.

Wir sehen, daß die Linie der Gewerkschaftsführer gerade entgegengesetzt von dem verläuft, was Endels zum Ausdruck brachte, als er die oben wiedergegebenen Worte niederschrieb, wenn nur nur in der letzten Zeit für verhindern erklärten Schiedsgerichte bedrohten. Und doch die Fertigung des ADGB darf keinerlei Verantwortlichkeit und, wenn eintreten sollte, was Dr. Engels im ersten Satz sagt, das diesem Artikel vorsteht.

Rechtslosmachung der Remscheider Metallarbeiter

Ein neuer Gewaltkrieg des Gauvorstandes

Am 25. März fand in Remscheid eine Generalsversammlung des ADGB statt, die erste seit der Ablegung der oppositionellen Ortsverwaltung. Die Versammlung war überwiegend positiv besucht. In einer mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Erklärung protestierte die Opposition vor Einführung in die Tagesordnung gegen die Ablösung der Ortsverwaltung. Nach Erledigung des 1. Tagesordnungspunktes - Rücksicht auf Arbeitnehmer und Arbeitgeberabkommen - wollte die Versammlung zur Ablegung der oppositionellen Ortsverwaltung Stellung nehmen. Das wurde durch den vom Vorstand formell abgesetzten Leiter Boltzmann verhindert, indem er unter ungeheuerer Empörung der Kollegen die Versammlung abbrach. Boltzmann erklärte, daß er vom Gauvorstand dementsprechende Anweisung habe. Meinungsunterschiede im ADGB nur noch den Vorstandsviertel gestellt. So manchen SPD-Kollegen sind in dieser Generalsversammlung die Augen aufgegangen darüber, daß dieser Art der Unterdrückung der Mitgliederrechte zur Verstärkung des Verbands führen muß. Es gilt darum, alle Kräfte, denen die Einheit am Herzen liegt, zusammenzufassen, um dem verhinderten Spiel einer gewalttätigen SPD-Führertruppe mit der Einheit des Verbandes ein Ende zu machen.

Husemann nimmt den oberschlesischen Schiedsgericht an!

Der Bergarbeiterverband hat den jut den oberschlesischen Bergbau gefällten Schiedsgericht freiwillig angenommen. Bekanntlich lag dieser Schiedsgericht die achtständige Arbeitszeit unter Tag bestehen.

Die Annahme dieses Schiedsgerichts ist ein Schlag gegen die Kuhbergarbeiter. Nicht nur, daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes den gleichzeitigen Kampf in allen Bereichen Deutschlands verhindern will, er kann, wenn er die Oberherrschaft der achtständigen Schicht ausübt, einen ernsthaften Kampf um die 7-Stunden-Schicht im Kuhbergbau gar nicht wollen. Die Annahme des oberschlesischen Schiedsgerichts wird zweifellos auch in jenen geheimen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern abgetragen, die auch zu einer Vereinbarung über neue direkte Verhandlungen für den Kuhbergbau am 3. April geführt haben.

Die Kuhbergarbeiter haben nun deutlich, wohin die Reise gehen soll. Sie können aber nicht zulassen, daß auch im Kuhbergbau die Forderung der 7-Stündigen Schicht von den Führern des Bergarbeiterverbandes preisgegeben wird. Keine Verhandlungen der 7-Stunden-Schicht für einige Lampen wünschen, sondern Erkämpfung der 7-Stunden-Schicht und eines annehmbaren Lohnzulages! Die Annahme des oberschlesischen Schiedsgerichts ist eine neue Wahrung für die Kuhbergarbeiter. Den Kampf selbst von unten auf aktiv vorzubereiten.

Geflüchtet an, als wir keine Möglichkeit haben, daß die frommen Seelen erdrohen in die Nebenstraßen flüchten, und als es zu uns sprechen wollte, kriecht wir ihn nieder.

Der Goethemann war aber mutiger, als er ausnahm. Er begann mit seinen Rettungsversuchen trotz unleses Konzerts noch am gleichen Tage. Und er machte es wirklich nicht schlecht. Er zog mit Tora und einigen großen Trommeln auf einem Pferdewagen durch alle Straßen und donnerte die Vorübergehenden an, als wären sie alleamt große Sünden. Er sprach dabei nicht gleich vom Streik. Er lief mit seinen Worten um die ganzen Straßen, und was er besonders betonte, war das Wort "Vaterland". Amerika ist das größte und schönste Land. Das gewaltigste Land, besaß das Reich Gottes auf Erden. Seine Bürger sind auch die besten Bürger. Engel - wenn Amerika das Reich Gottes auf Erden ist. Jeder mag deswegen auch alle tun, damit das Land so schön, so gemäßigt bleibt, ja, daß es noch größer, noch schöner wird. Und dann ließ er auf einmal seine Jungen noch besser spielen. Er brachte die Worte zwischen seinen Lippen wie ein Songtext. Er möchte sie lauter und laut, laug und boshaft, zudring und schärf, und er sang sie so lange, bis er plötzlich vom Reich Gottes mittler in seinem Streik war.

"Mündiger," war er nun, und jetzt bin ich hierher gerufen worden, weil in diese Stadt der böse Feind gefahren ist. Weil heidnische, heidnische Menschen, haber jagt Sozialisten, auch meine lieben Brüder, aufgehetzt haben, gegen die göttliche Ordnung dieses Landes, gegen seine paradiesische Freiheit, gegen seine unantastbare Gleichheit zu rennen. Was ist das? Das ist Totalitarismus an unserem Ende! Das ist Totalitarismus gegen unsere Einigkeit! Das ist Verbrechen gegen unsere Einigkeit! Das ist Verbrechen gegen unsere unumstößlichen Gelenke! Das ist Babel! Das ist Sodom! Das ist der Anfang zum Untergang."

Er sprach dann noch eine gute Stunde über die Heiligkeit des Standes und über die Unantastbarkeit des Kapitals. Er paßte jedoch, der ihm höre, um seiner empfindlichen Stelle, an seiner Wiege zu Amerika, und jeder, der noch seinen Worten weiterhört, der könne wirklich nur ein Vaterlandsverräter und ein großer Lump sein.

Der krallende Goethemann hatte auch Erfolge. Jeden trug die geweihte Preise auf seine Seite, doch stießen die Frauen und Männer in den Händen zu ihm über, und das war ein ziemlich zäher Grap, was trug es auch unter uns.

(Fortsetzung folgt)



PASSAGIERE
DER
KLASSE
ROMAN VON KURT KLÄBER

„Zog es dir aber genau so wenig einfallen,” der Diakon Jacob zitierte sein unerwartetes Gesicht unter die Rose, „dass der Vater, aufzuspringen, bevor ich es gehabt habe. Jeder von uns hat ein Schicksal, das ihm steht.“

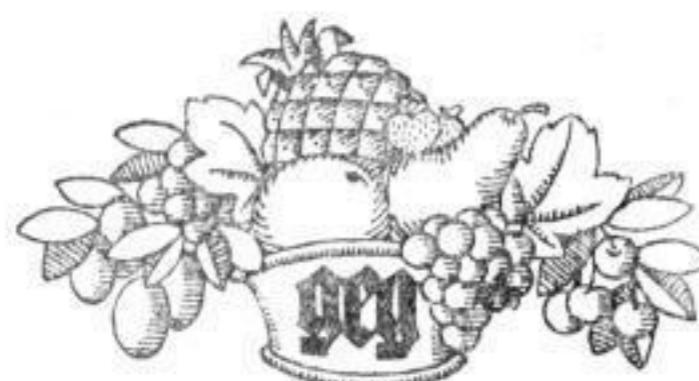
Der Alfonso war nach dieser Anrede schon so klein und unglücklich geworden, daß er weinte, und der Diakon, der ihn an den Schultern gepackt hatte, mußte ihn bis zu dem Klecksnapf schieben. Dort zögerte er ihn mit einem Winken zurück, die Rose, und der Zitternde fiel auf den Klecksnapf nieder. Als der Vater aber nach der Zündkerze griff und sie anzünden wollte, schnallte der Schätzende schon wieder hoch und schrie in die Höhe. Er riss umher, und unter erschrockenen Blicken und unter lautem Geschrei überwältigten Geister, und der Vater, der sich auf den Klecksnapf gesetzt hatte, ließ ihn los.

„Zog es dir aber genau so wenig einfallen,” der Diakon Jacob zitierte sein unerwartetes Gesicht unter die Rose, „dass der Vater, aufzuspringen, bevor ich es gehabt habe. Jeder von uns hat ein Schicksal, das ihm steht.“

Was ihn am meisten gedrängt hat, erzählte uns später der Vater Jacob, der in seiner Nähe geblieben war, war die unumstößliche Tatsache, daß er vor gefüllten Sägespänehäusern so geschnitten hatte. Er habe sie ihm nach seinem Jährling und nach seinem kleinen Bruder ausgeschüttet.

Waren-Einkaufs-Verein Bautzen

e. G. m. b. H.



Früchte-Konserven

aus unserer eigenen, modernen Konservenfabrik Stendal bieten wir unseren Mitgliedern zu ganz besonders billigen Preisen an

Großes Lager in Gemüsekonserven

Mitglieder, deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft

Klemm-Kaffee

aus direkter Einfuhr / Qualität Niederlagen in ganz Ostsachsen

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftsvertrages, der Genossenschaftslage, des Allgemeinen Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur versteuern bei dem eigenen Unternehmen, der

Boltsfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft

Rückporto freigesetzt. Material währende folgenden die Lieferungen - Pfeiffern Pirna-Nr. 12, über der Postamt der Boltsfürsorge in Hamburg 5. Am der Witter 55-59

Die neue Großmacht

der Film der Frankfurter Arbeiter-Olympiade heißt

Sonnabend, den 31. März 1928 im Volkshaus Pirna

Eintrittspreise: Erw. 50 Pf., Schüler, Jugendl. und Erwerbl. 30 Pf.

Einlass 19 Uhr Beginn 20 Uhr Kartell f. Arbeitersport u. Körperpflege. Pirna

Feld-Garten-Blumen-Samen

alle Düngemittel
Mittel gegen Schädlinge
Baumwachs / Bast
Haußwald, Pirna, Markt

Etwas für Sie!

Der neue Schlagerhut
2.50, 3.50, 4.50, 6.50 Mk.

M. Dunkel, Pirna, Barbiergasse 9

Fahrradhaus Willy Jost
Pirna, Braustr. 6
empfiehlt

Herren- u. Damen-Fahrräder
Teilzahlung gestattet — Reparaturen werden gut und preiswert ausgeführt

AUG FRENZEL

Strümpfe

in Bembergseide usw.

Jede Preislage jede Farbe

SOCKEN

alle moderne Arten

AUG FRENZEL
PIRNA
Barbiergasse 20

Erstklassige Nähmaschinen

kauften Sie am besten im Fachgeschäft bei

Max Schäfer

Mechanikermeister

Pirna

Schlossergasse 7
Größte Auswahl am Platz

Kostenlos Unterricht im Nähen, Stickern und Stopfen
Kostenlose Lieferung mit Transport auto nach Überall!

Teilzahlungen schon von 2.50 Mk.
pro Woche an
Reparaturen und Ersatzteile aller Fabrikate

„Deutsches Haus“ Philippsthal

empfiehlt sich an beiden Osterfeiertagen zur freundlichen Einkehr

An beiden Feiertagen im geräumigen Saal
schnellige Ballmusik

Oude Kuche H. Hainsbacher Biere

leden Sonnabend und Sonntag wie üblich
Ballmusik / Es lädt treudlichst ein
Der Wirt

ADOLF SCHUSTER

NEUGERSDORF
BEKLEIDUNGSHAUS

Täglich Eingang von
Frühjahrs-Neuheiten
Innenreicht niedrige Preise!

Aller Art

Strumpfwaren

finden Sie in reicher Auswahl bei

Heinrich Schuster

Neugersdorf I. Sa.

Werbt

neue Leser
für die

Arbeiterstimme!

Seefische, Räucherware, Fischkonserven billig und gut / Dresdner Säsbahnen

Preiswerte Möbel

Blau eigener Polsterwerkstätte
Dreiteil. Aufz.-Matratzen v. 19 M. an
meisten nach Wunsch in jeder Größe
angefergt

Chaiselongues

In rein Weiß und Blau v. 33 M. an
Stahl-Umlage-Matratzen v. 9 M. an
Eiserne Bettstellen f. Erw. v. 21 M. an
Eiserne Kinderbettstellen v. 24 M. an

Weiderchränke, in Creme
und Buchbaum gemacht v. 59 M. an
Schlafmoden mit

Watte v. 18.50 M. an
Creme, Buchbaum poliert,
mit Rohrfilz v. 8.50 M. an
Bett, innen und außen
Creme v. 22.50 M. an

G. Goldammer

19 Große Ortsbergsasse 19

Günstliche aufgeführte

Möbel

auch in Löbau
Kesselsdorfer Str. 12, Laden

Zur Aufklärung!!

Fahrräder für 40, 50 und 60 Mark

wie die Konkurrenz anbietet, hoffen wir nicht, weil wir unsere Kundschafft vor Mals. und Beinbruch bewahren wollen. Auch wir bekommen die Fahrräder waggoneweise von unserer Fabrik und führen ein reichhaltiges Lager vom einfachsten bis zum feinsten Luxusmodell mit 3 Jahren Garantie. Trotz billiger Preise

auch auf Abzahlung, bei sofortiger Kasse 10% Rabatt
Fahrrad-Fabrik mit 19 Filialen im Reich

Filiale: Dresden Könneritzstr. 17 am Wallstraßebahnhof

Verlangen Sie unseren Räderkatalog gratis und franko

Rucksäcke Sportgürtel Parfümennäle Aktenetaschen Leder im Ausschnitt

E. Scheel Lederhandlung Pirna, Breite Str. 25

Achtung! Fahrräder

zu vorletzthaltesten Preisen günstigsten Zahlungsbedingungen

Alfred Tobianke Fahrradhandlung Copitz Hochstraße 13

Gasthaus Altzschella Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Alfred Tobianke Fahrradhandlung Copitz Hochstraße 13

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an jedem Sonntagsabend

Gaststätte Zur Krone Meißen

bitzt sich zur Freiheit ausser an